Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2,— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Gewährer Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 138 — Mittwoch, den 15. Juni 1932 — 114. Jahrgang

Die Verordnung des Reichspräsidenten

über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden

Erläuterungen zur Notverordnung

Das Wolffbüro berichtet.

Die am 14. Juni veröffentlichte neue Notverordnung bringt zunächst Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, der Sozialversicherung und der Reichsversorgung.

Die Notverordnung führt die Leistungen im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurück.

Invaliden-, Angestellten- und knappschaftliche alte Renten werden um 6 Mark bei den Invaliden, um 5 Mark bei den Witwen und um 4 Mark bei den Waisen für den Monat gekürzt; bei den neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschuß um 2,50 Mark pro Monat gekürzt. Der Anteil der Witwen- und Waisenrenten an der Hauptrente wird von 6 Zehntel auf 5 Zehntel und von 5 Zehntel auf 4 Zehntel herabgesetzt. Die Renten aus den Unfällen werden um 15 v. H. und die übrigen Unfallrenten um 7½ v. H. gekürzt.

Die Notverordnung behandelt dann weiter den Schutz der Reichspost gegen ungerechtfertigte Benachteiligung bei Postvorschüssen für die Invalidenversicherung und die Unfallversicherung. Den Ländern wird bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung die selbstschuldnerische Bürgschaft auferlegt.

Um in der

Sozialversicherung

Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verbilligung erzielen zu können, ist die Reichsregierung ermächtigt, die

Aufstellung eines Stellenplanes, einer Besoldungsordnung und eines Voranschlages

umzuordnen, ferner im Verfahren vor den Versicherungsbehörden den Rechtsweg mit einer mäßigen Verwaltungsgebühr zu beschweren, die Versicherungsträger im Bestande, jedoch ohne Aenderung ihrer Arten, zu verringern und die innere Verfassung der Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung den veränderten Verhältnissen, insbesondere der wachsenden Verantwortung des Reiches und den Bedürfnissen der Selbstverwaltung anzupassen.

In der Kriegsopferversorgung

beschränkt sich die Verordnung auf gewisse Angleichungen an frühere Kürzungen in der Reichsversorgung und Sozialversicherung. Die Renten der kinderlosen Leichtbeschädigten werden ebenso gekürzt, wie bisher schon die Renten der Leichtbeschädigten mit Kindern, Kinderzulagen und Waisenrenten sollen im allgemeinen nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres gezahlt werden, ausgenommen falls Berufsausbildung oder Gebrechlichkeit die Zahlung weiter erfordern. Die übrigen Aenderungen sind im wesentlichen verfassungsrechtlichen Inhalts.

Die Notverordnung befaßt sich dann weiter mit der

Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden.

Die Finanzlage des Reiches ist überaus gespannt. Gegenüber 1930 haben die Steuern und Zölle im vergangenen Jahr anstelle von 6 Milliarden RM. noch nicht 5,5 Milliarden erbracht, und für das Jahr 1932 schätzt man ein Aufkommen von nur rund 5,4 Milliarden RM. Die Ausgaben des Reiches so unvermittelt zu senken, ist bisher nicht gelungen. Von Steuererhöhungen sind nennenswerte Mehreinnahmen nicht zu erwarten. Bei der Lage des deutschen und internationalen Geld- und Kapitalmarktes ist auch mit der Aufnahme von Anleihen nicht zu rechnen.

Der Etatentwurf der Reichsregierung

sieht Ausgaben und Einnahmen rd. 8,2 Milliarden vor. Darin sind Ausgaben für landwirtschaftliche Siedlungen in Höhe von 50 Millionen RM. eingestellt, ferner für Befreiung der Untertagearbeiter von der Arbeitslosenversicherung 33 Millionen RM., für die knappschaftliche Pensionsversicherung 25 Millionen RM. und für den freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen RM. Zur Deckung hat sich die Reichsregierung gezwungen gesehen, die bereits früher bestandene

Salzsteuer

in gleicher Höhe wieder einzuführen und auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenversorgung das Mißverhältnis zu beseitigen, daß die kinderlosen Leichtbeschädigten besser gestellt waren als die Verheirateten mit Kindern. Außerdem hat sie die Kinderzulagen und Waisenrenten in der Kriegsversorgung auf das 15. Lebensjahr begrenzt. Auf diese Weise und durch eine Erhöhung der nach Verabschiedung des Reichshaushalts noch vorzunehmenden Ausgabenabstriche ist es ihr gelungen, den Haushalt auszugleichen. Das in der

Umsatzsteuer

liegende Gefahrenmoment, daß die bisherige Schätzung von 1820 Millionen RM. nicht erreicht werden könnte, ist durch Beseitigung der am 1. Dez. 1930 eingeführten Freigrenze von 5000 RM. abgemildert worden.

Neben der Sorge um das Durchhalten des Reichshaushaltes steht die Reichsregierung vor der größeren Sorge, bei den Gemeinden und den Versicherungsträgern

Eine Kundgebung der Reichsregierung

vom 14. Juni hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen bekundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische neuaufbauende Maßnahmen zu bekämpfen.

Die Bilanz, die die Regierung vorgefunden hat, zwingt sie, als ersten Schritt vor der Inangriffnahme ihres eigentlichen Programms die Kassenlage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die Sozialversicherung vor dem tatsächlich drohenden Zusammenbruch zu retten. Werden diese notwendigen und unaufschiebbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßregeln von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an Vorbereitungen anknüpfen müssen, die schon das vorige Kabinett getroffen hatte. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichten, um Kassen und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung genötigt, über sie hinauszugehen. Es sind infolgedessen

weitere Abstriche am Reichshaushalt sowie an allen Ausgaben der öffentlichen Hand

beschlossen worden. Es muß von der Ausgabeseite her versucht werden, eine Gesundung der Kassen- und Finanzlage herbeizuführen; denn die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß

Steuererhöhungen nicht mehr zu einer Verbesserung, sondern nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen.

Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten

Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen.

Das bringt zwangsläufig auch scharfe

Einschränkungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung

mit sich, deren Existenz jetzt auf dem Spiel steht. Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute, nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Sozialgesetzgebung nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt. Die Reichsregierung, deren soziale Gesinnung in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründet ist, würdigt in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutung, die mit der Schöpfung des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches begonnenen

sozialen Einrichtungen, zu deren Erhaltung in dieser Stunde äußerster Not an das Gemeinschaftsgefühl aller Deutschen neue harte Anforderungen gestellt

werden müssen. Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringendsten Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie besonders, daß sie nicht die Absicht hat, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten. Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß, unter Ausschaltung künstlicher Experimente, neu zu befruchten. Sie wird deshalb mit den auswärtigen Regierungen

nach einer Lösung der Weltwirtschaftskrise suchen.

Darüber hinaus hält es die Reichsregierung angesichts der ungeheuren Wirtschaftsnot für ihre unabweisbare Pflicht, die Wirtschaftskräfte des eigenen Landes zu mobilisieren und in erhöhtem Maße für die Verwertung der brachliegenden Arbeitskräfte nutzbar zu machen. Die Regierung wird alles daran setzen, um neben der Pflege des Güteraustausches der Länder untereinander durch eine

zielbewußte Binnenmarktspolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes,

durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Siedlung und der bäuerlichen Veredlungswirtschaft die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen.

Der Wille des deutschen Volkes, von der Geißel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden, und die Hoffnung der jungen Generation, neue Lebensgrundlagen zu finden, werden von der Regierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.

größere Kassenzusammenbrüche zu verhüten.

Die Maßnahmen der Notverordnung dienen daher vor allem auch der Sicherstellung der Unterstützung für die Arbeitslosen und der unbedingten Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen insgesamt.

Die Fehlbeträge auf dem gesamten Gebiet der Arbeitslosenfürsorge und bei den übrigen Versicherungsträgern werden durch eine Reihe von Maßnahmen gedeckt.

Die Regierung hat trotz der angespannten Finanzlage insgesamt

1384 Millionen RM. für soziale Zwecke in dem Reichshaushaltsplan

vorgesehen. Für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtserwerbslosen sind 867 Millionen RM. eingestellt, für die Invalidenversicherung 402 Millionen, für die knappschaftliche Pensionsversicherung 95 und für den freiwilligen Arbeitsdienst 20. Diese Posten zusammen betragen ungefähr den vierten Teil der Gesamtausgaben des Reichs nach Abzug der Ueberweisung der Steueranteile an die Länder. Weitere Beträge für solche Zwecke konnten unter keinen Umständen aufgewandt werden.

Der Gesamtplan der Arbeitslosenhilfe

Die Sicherheit der öffentlichen Haushalte ist in den letzten zwei Jahren durch die ständig zunehmenden Erfordernisse der Arbeitslosenhilfe immer wieder gefährdet worden. Für die Sicherung der diesjährigen Etats kommt es entscheidend darauf an, sie von diesem Unsicherheitsfaktor nach Möglichkeit zu befreien. Zu diesem Zweck ist in Aussicht genommen, die ganze Arbeitslosenhilfe nach Bedarf und Deckung einheitlich in einer Anlage zum Etat des Reichsarbeitsministers zu regeln. Nach der gültigen Rechtslage muß zur Zeit

im Jahresdurchschnitt mit 5 950 000 Arbeitslosen gerechnet

werden. Nach der vorgesehenen Neuregelung bleibt diese Zahl bestehen. Es ändert sich jedoch ihre Zusammensetzung. In der Arbeitslosenversicherung sind anstelle von 1 250 000 1 170 000 eingesetzt, in der Krisenfürsorge statt 1 800 000 1 745 000, in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge bleiben 2 150 000, die Zahl der Nichtunterstützten steigt von 750 000 auf 885 000. Würde es bei der diesjährigen Regelung verbleiben, so würde der Gesamtaufwand 3557 Millionen RM. betragen. Mit anderen Worten um eine halbe Milliarde mehr, als im Rechnungsjahre 1931 für die Arbeitslosen im Reich und in den Gemeinden auszugeben war. Dieser Mehrbetrag muß auf der Ausgabenseite eingespart werden. Zunächst sollen

in der Arbeitslosenversicherung (Alu) die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gesenkt und die Bedürftigkeitsprüfung nach sechs Wochen

eingeführt werden. Das ergibt eine Ersparnis von 188 Millionen.

In der Krisenfürsorge (Kru) soll die Hilfsbedürftigkeitsprüfung unbeschränkt eingeführt, und die Unterstützungsleistungen sollen um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt werden.

Die Ersparnis hier macht 117 Millionen aus. Außerdem sollen

die um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtssätze als Höchstsätze

eingeführt werden, wodurch 67 Millionen eingespart werden. In der

Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge (Wolu)

Keine Verlängerung der Bürgersteuer

In der Notverordnung über die finanziellen Maßnahmen ist eine Verlängerung der Bürgersteuer nicht enthalten. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß das Kabinett sich schlüssig geworden ist, sie fortfallen zu lassen. Sie geht also mit dem Monat Juni zu Ende.

Die Gemeinden hatten zwar beantragt, sie auch vom 1. Juli ab zunächst weiter zu erheben. Die Reichsregierung war aber der Ansicht, daß die Gemeinden ohne die Bürgersteuer auskommen müßten, da das Reich ihnen für die Wohlfahrtsleistungen in diesem Etatsjahr 670 Mill. RM. statt 230 Mill. RM. im Vorjahr zugewiesen hat. Wo sich in einzelnen Fällen Fehlbeträge ergeben, ist nach Auffassung der zuständigen Reichsstellen zunächst eine Durchprüfung der Ausgabenseite erforderlich.

Recht interessant ist die Frage, ob die Länder von sich aus berechtigt sind, die Bürgersteuer weiter zu erheben. Das wird in Kreisen der Reichsregierung als unzulässig bezeichnet. Das Reich hat für die Erhebung bestimmte Vorschriften erlassen, und darüber hinaus haben die Länder nicht die Berechtigung zu einer weiteren Erhebung.

Die Gründe, die zum Fallenlassen der Bürgersteuer geführt haben, liegen vor allem in der generellen Belastung durch die Arbeitslosenabgabe. Dazu kommt, daß z. B. in Preußen die Beamten eine weitere Kürzung ihrer Bezüge erfahren haben.

werden die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich

15 Prozent gesenkt

werden, was eine Ersparnis von 148 Millionen ausmacht. Die Gesamtersparnis beträgt 520 Millionen, welcher Betrag von den oben genannten 3557 Millionen abgezogen, einen Aufwand von rund 3030 Millionen RM. ergibt. Davon erfordert die Alu 798 Millionen, die Kru 1092 Millionen und die Wolu 1142 Millionen. An Deckungsmitteln stehen zur Verfügung Alubeiträge 1083 Millionen, von den Gemeinden aufzubringende Beiträge anstelle von 1352 Millionen, die sie zu zahlen hätten, wenn alles beim alten bliebe, 680 Millionen und Reichszuschuß 867 Millionen, insgesamt also 2630 Millionen. Es fehlen also noch 400 Millionen RM., die von der Einnahmeseite her beschafft werden müssen. Abermalige Erhöhung der Umsatzsteuer, die bis jetzt nicht die geschätzten Beträge bringt, oder weitere Zuschläge zur Einkommensteuer, die in ihren Erträgen außerordentlich zurückgegangen ist, daß ein allgemeiner Zuschlag den Fehlbetrag nicht deckte, scheiden von vornherein aus. Daher bleibt nur übrig,

alle noch in Arbeit Befindlichen zugunsten der Arbeitslosen mit einem Prozentsatz des Einkommens zu belasten.

Diese Abgabe wird für die neun Monate des Rechnungsjahres 400 Millionen RM. erbringen.

Die Beiträge zur Alu ergeben einen Ueberschuß von 287 Millionen. Er, zusammen mit dem Gemeindefünftel in Höhe von 210 Millionen, und ein Teil des Reichszuschusses in Höhe von 595 Millionen ergeben die für den Bedarf der Kru nötigen 1092 Millionen. Der Bedarf der Wolu wird gedeckt durch die eigene Leistung der Gemeinden in Höhe von 470 Mill. RM., die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe in Höhe von 400 Mill. RM. und den verbleibenden Teil des Reichszuschusses in Höhe von 272 Mill. RM., zusammen also 1142 Mill. RM.

Der dritte Abschnitt der Notverordnung beschäftigt sich mit dem Problem der

Wohlfahrtshilfe.

Da die Gemeinden von ihrem Gesamtaufwand für Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 1352 Mill. RM. nur 680 Mill. RM. tragen sollen, muß der Rest zugeschossen werden. Von diesem Rest sind abzusetzen die bereits in den vergangenen Monaten des laufenden Jahres verausgabten Beträge in Höhe von rund 70 Mill. RM. und außerdem 20 Mill. RM. zur Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die Vorschriften über die Verteilung der Wohlfahrtshilfe schließen sich an die Vorschriften zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten im Rechnungsjahr 1931 an. Neu ist, daß der Stichtag beweglich gedacht ist, und daß als Wohlfahrtserwerbslose nur arbeitsfähige, arbeitswillige und unfreiwillig arbeitslos gewordene Arbeitnehmer unter 60 Jahren gelten, die in dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes stehen. Die Arbeitnehmerschaft soll nicht ausgeschlossen werden, wenn jemand vorübergehend nicht als Arbeitnehmer tätig ist. Das Ausmaß der in Aussicht genommenen Wohlfahrtshilfe läßt es gerechtfertigt erscheinen, wenn

das Reich in Zukunft seine Beteiligung davon abhängig macht, daß der einzelne Fürsorgeverband eine Haushalts-, eine Kassen- und eine Rechnungsordnung durch Satzung feststellt.

Dafür sollen u. a. folgende Grundsätze gelten: Die Feststellung eines den Erfordernissen äußerster Sparsamkeit entsprechenden Haushaltsplanes darf nicht durch Beschluß der Gemeindevertretung erschwert oder unmöglich gemacht werden. Die Notverordnung gibt dem Gemeindevorstand das Recht, gegen Ausgabeerhöhungen durch die Gemeindevertretungen Widerspruch zu erheben. Die persönlichen Ausgaben müssen in einem Stellenplan festgelegt sein, den die Gemeindevertretung nur zu Unterschreitungen ändern darf. Kommt kein Haushaltsplan zustande, so hat der Gemeindevorstand alle erforderlichen Ausgaben zu leisten, um die Geschäftsführung der Gemeinde sicherzustellen. Bei kollegialen Gemeindevorständen gelten alle diese Bestimmungen auch für den Vorsitzenden.

Im Hinblick auf die grundsätzliche Neuordnung der Arbeitslosenhilfe und die wesentlich erhöhten Leistungen des Reiches zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten muß dafür gesorgt werden, daß diese Leistungen den Gemeinden und Gemeindeverbänden dauernd und in vollem Umfange zugute kommen. Es darf also nicht geschehen, daß die Landesgesetzgebung durch Aenderung des Landesrechts des Finanzausgleichs zuungunsten der Gemeinden daraus Vorteile zieht. Die Notverordnung enthält ein ausdrückliches Verbot derartiger Maßnahmen in dem Sinne, daß die finanzielle Gesamtbelastung der Gemeinden nicht erhöht werden darf.

Eine andere Neuerung besteht darin, daß nicht nur die Bezirksfürsorgeverbände, bei denen die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen über 50 v. H. des Reichsdurchschnitts lag, berücksichtigt werden, sondern alle Wohlfahrtserwerbslosen in den Genuß der erhöhten Reichshilfe gelangen. Die Schlüsselung ist verfeinert durch Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

Zur Verordnung des Reichspräsidenten über

Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung

sind Erläuterungen veröffentlicht worden, die sich zunächst mit den Vereinfachungen und Ersparnissen befassen. Die Not der Zeit gestattet es nicht mehr, in jeder Strafsache drei Instanzen zuzulassen. In Zukunft wird daher

gegen jedes Urteil des Amtsrichters oder des Schöffengerichtes nur noch ein Rechtsmittel,

entweder die Berufung oder die Revision zulässig sein. Für bedeutendere Strafsachen wird das Gericht erster Instanz die Zuständigkeit der Großen Strafkammer (drei Berufsrichter, zwei Laienrichter) begründen. Revisionsinstanz ist das Reichsgericht. In allen Sachen, in denen das Rechtsmittel der Berufung gegeben ist, soll, um Verzögerungen zu vermeiden, das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme nach seinem freien Ermessen bestimmen.

Von den weiteren Neuerungen auf strafprozessualem Gebiet seien folgende hervorgehoben:

Das Haftprüfungsverfahren

unterbleibt, wenn der verhaftete Beschuldigte selbst darauf verzichtet. Die zulässige Dauer einer

Unterbrechung der Hauptverhandlung

wird von drei auf 10 Tage erhöht. Auch

in Jugendsachen

soll in Zukunft in gleichem Umfange wie bisher in gewöhnlichen Strafsachen der Einzelrichter anstelle des Schöffengerichtes entscheiden können.

In Privatklagesachen

tritt das Gericht, außer wenn Armenrecht bewilligt ist, erst dann in Tätigkeit, wenn ein Vorschuß gezahlt worden ist. Die Revision wird, um die Geschäftsbelastung des Reichsgerichtes nicht noch weiter zu erhöhen, insoweit ausgeschlossen, als sie auf die Verletzung derjenigen Verfassungsvorschriften gestützt wird, die die Ausübung des richterlichen Fragerechtes und die Beweiswürdigung betreffen.

In Ehescheidungs- und Eheanfechtungssachen,

sowie in Streitigkeiten wegen Herstellung der ehelichen Gemeinschaft wird die Revision nur dann zugelassen, wenn das Berufungsurteil einen dahingehenden Ausspruch enthält. Das Oberlandesgericht hat die Revision zuzulassen, wenn es von der Reichsgerichtsentscheidung abweicht, oder wenn es eine Klärung einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Revision erwartet. Weiter wird

in Kostensachen

die Beschwerde von einer Beschwerdesumme von 50 RM. abhängig gemacht. Für die Einsichtnahme des Schuldnerverzeichnisses und die Erteilung schriftlicher Auskünfte sind Gebühren von 50 Pfg. bezw. 1 RM. eingeführt worden.

Die wachsende Zahl der von der öffentlichen Fürsorge Betreuten hat zu einer sehr erheblichen

Belastung des Bundesamtes für das Heimatwesen

geführt. Die in der Notverordnung vorgesehene Berufsgrenze, die Beseitigung der Gebührenfreiheit und die Einberufung von Hilfsrichtern soll das Bundesamt entlasten.

Die Vorschriften, die sich mit dem

Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung

befassen, sollen im wesentlichen gewisse Unzuträglichkeiten beseitigen, die sich bei der Beaufsichtigung der privaten Bausparkassen herausgestellt haben. Es handelt sich hier um vereinfachte Abwicklung der Bausparverträge, im Falle, daß einer Bausparkasse der Geschäftsbetrieb untersagt wird, um Maßnahmen zum Schutze der Sparer vor Verlusten. Das Reichsaufsichtsamt soll ferner die sogenannten Terminzusagen aufheben dürfen, wenn anders ein Konkurs der Bausparkasse nicht zu vermeiden ist.

Das Kapitel Kartellgericht

ändert und ergänzt einige förmlich-rechtliche Bestimmungen der Kartellverordnung, so die, daß der Gesperrte, unmittelbares Antragsrecht an das Kartellgericht enthält, ferner, um eine Beschleunigung des Verfahrens zu erzielen, sollen künftig bei Sitzungen des Kartellgerichts zwei Reichswirtschaftsgerichtsräte als Beisitzer teilnehmen.

Vorschriften über Mietkündigung und Zwangsvollstreckung

Die in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931

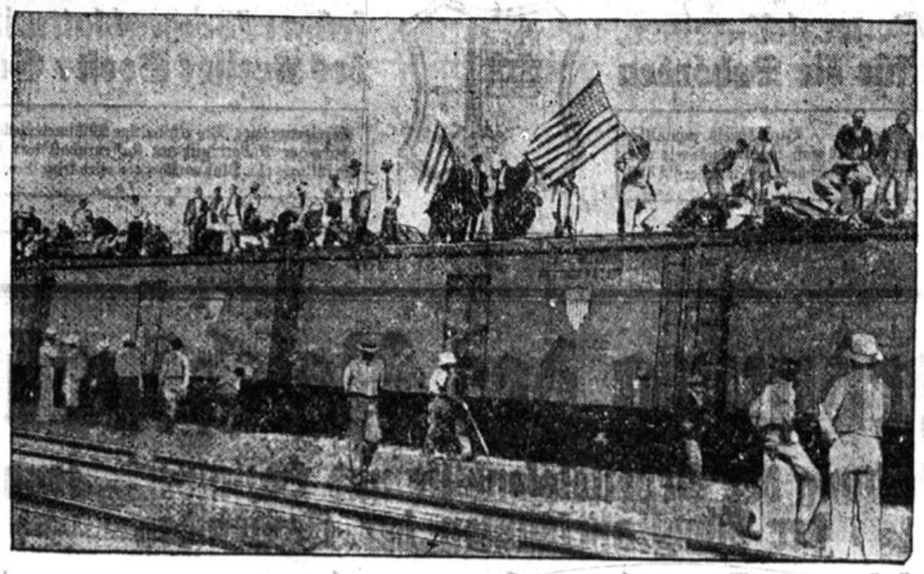
zugunsten des Grundbesitzes getroffenen Schutzmaßnahmen

waren in ihrer Wirkung zeitlich beschränkt.

Bisher war der Eintritt von Rechtsfolgen, die sich an die Nichterfüllung gewisser Verbindlichkeiten und Lasten knüpften, nur für Leistungen ausgeschlossen, die bis zum 15. Juli dieses Jahres fällig werden. Diese Frist ist jetzt auf den 15. Januar 1933 erstreckt. Um die Realkreditinstitute vor den Schäden zu bewahren, die eintreten würden, wenn die Institute die ihren Pfandbriefgläubigern zu zahlenden Zinsen ohne Entschädigung aus anderen Mitteln verauslagen müßten, ist eine Vorschrift eingefügt worden, nach der der Gläubiger befugt sein soll, bei Nichtzahlung nach dem 15. Juli 1932 fällig werdender Zinsraten einen vereinbarten Zinszuschlag zu verlangen, jedoch nur bis zur Höhe von jährlich ½ v. H. des Kapitals.

20 000 Veteranen in Washington

Feldlager - Die Wünsche im Repräsentantenhaus



Das sieht fast wie ein Bürgerkrieg aus

Eine Veteranengruppe, die einen Güterzug angehalten hat und so einen kostenlosen Transport nach Washington erzwang.

In Erwartung

Aus Washington, 13. Juni, wird gemeldet: Unter starker Polizeibewachung wurde heute

im Repräsentantenhaus

über die Frage beraten, ob die Gesetzesvorlage über die

Auszahlung der Versicherungssumme an die Kriegsveteranen

dem Ausschuß abgenommen und

vom ganzen Hause entschieden

werden solle. Mit 226 gegen 175 Stimmen wurde die Frage bejaht. Die morgige Sitzung wird die Debatte und die Abstimmung bringen, die gleichfalls zu Gunsten der Veteranen ausfallen dürfte. Die Zahl der Veteranen wuchs in den letzten zwei Wochen auf 20 000 an. Man rechnet, daß bis morgen abend, wenn die Abstimmung im Unterhause folgt, etwa 25 000 Kriegsveteranen hier versammelt sein werden. Die Demonstranten sind teils in Notbaracken, teils in leerstehenden Schuppen oder auf freiem Feld untergebracht. Sie haben jetzt durch Wohltätigkeitsveranstaltungen und Schenkungen Nahrungsmittel und Barfonds erhalten, und entfalten

eine sehr rege Propaganda

unter den Parlamentariern und den Gouverneuren der einzelnen Staaten. Sie fordern diese durch Telegramme, in denen sie eine bestimmte Frist setzen, auf, in der Bonusfrage Farbe zu bekennen, andernfalls sie ihre Wiederwahl verhindern würden. Eine starke Gruppe der Veteranen droht sogar mit der

Bildung einer dritten politischen Partei.

Man erwartet gespannt die Abstimmung im Bundessenat und die Stellungnahme Hoovers, der noch bis vor Monatsfrist sich entschieden gegen Ausgabe der zur Auszahlung benötigten 2½ Milliarden Dollar ausgesprochen hat. Verschiedene Parlamentarier hielten in den Freifeldlagern der Veteranen Reden, in denen sie möglichste Unterstützung versprachen, wenn Ruhe und Ordnung bewahrt bleiben. Manche wollen die

2½ Milliarden durch Zulassung und Besteuerung von 3%igem Bier aufbringen.

Alle Anträge auf Milderung der Prohibition sind aber bisher im Kongreß abgelehnt worden. Kriegsminister Hurley, der schon am Samstag zum republikanischen Parteikonvent in Chicago fahren wollte, hat mit Rücksicht auf die bedrohlich anwachsende Schar der Kriegsveteranen seine Abreise verschoben.

Zu der Verordnung vom 8. Dezember 1931 war die Möglichkeit der einstweiligen Einstellung der Zwangsversteigerung nur einmal auf die Dauer von höchstens sechs Monaten zugelassen. Jetzt ist etwa folgende neue Regelung getroffen worden:

Die einstweilige Einstellung kann unter der Auflage der Erfüllung der Zinsverbindlichkeiten angeordnet werden. Sie darf grundsätzlich nur mit dieser Maßgabe erfolgen, wenn die Forderung des betreibenden Gläubigers innerhalb der ersten 7/10 des Grundstückswertes liegt.

Die einstweilige Einstellung kann künftig auf ein weiteres halbes Jahr erneut angeordnet werden. Auch die erneute Einstellung soll grundsätzlich nur unter der Bedingung gewährt werden, daß der Schuldner seinen Verpflichtungen zu wiederkehrenden Leistungen in der Zeit der Einstellung nachkommt. Die erneute Einstellung soll aber schlechthin unzulässig sein, wenn der Schuldner bereits bei Inkrafttreten der Verordnung vom 8. Dezember 1931 mit wiederkehrenden Leistungen für einen Zeitraum von sechs Monaten im Rückstande war und bis zur Stellung des Antrages auf Fortsetzung des Verfahrens diese alten Rückstände nicht bezahlt hat.

Für landwirtschaftliche Grundstücke ist im Interesse der Sicherstellung der Betriebsführung bis zur Ernte vorgesehen, daß die bei der Einstellung der Zwangsvollstreckung vorgesehenen Zinsauflagen für die Zeit bis zum 30. September 1932 unzulässig sind. Für die Folgezeit soll es für die landwirtschaftlichen Grundstücke bei den allgemeinen Vorschriften bewenden.

Besondere Beachtung verdienen die Uebergangsbestimmungen zu den Vorschriften über die erneute einstweilige Einstellung der Grundstückszwangsversteigerung

Lohn- und Gehaltspfändung

Die Pfändungsgrenze betrug in der Vorkriegszeit monatlich 125 Mark. 1924 wurde sie auf 195 RM. erhöht. Die Pfändungsgrenze ist mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres ab auf 165 RM. monatlich herabgesetzt worden.

Gewerblicher Rechtsschutz

Der vierte Teil der Verordnung bringt für den gewerblichen Rechtsschutz Erleichterungen auf dem Gebiete des Gebühren- und Kostenwesens. Namentlich sind die Patentjahresgebühren für das 10. bis 18. Patentjahr um durchschnittlich 25% gesenkt worden. Ferner können für die Patentjahresgebühren in Zukunft in geeigneten Fällen Teilzahlungen gewährt werden, ebenso für die Gebühren, die bei der Verlängerung eines Gebrauchsmusters oder bei der Erneuerung eines Warenzeichens zu entrichten sind

Reichsminister sprechen im Rundfunk

Die Reichsregierung wird am Mittwoch zum ersten Male von der ihr vorbehaltenen Rundfunkstunde Gebrauch machen. Es spricht um 19 Uhr Reichsinnenminister Freiherr von Gayl einführende Worte, worauf Reichsarbeitsminister Schäffer über den sozialpolitischen Inhalt der neuen Notverordnung sprechen wird.

Beide Ansprachen werden von sämtlichen deutschen Rundfunkgesellschaften übertragen

Die Reichstagswahl

Die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge

Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung mit den Parteien über die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl 1932 statt. Auf dem Reichswahlvorschlag wird die Sozialdemokratische Partei die Nummer 1 erhalten, es folgt alsdann unter Nr. 2 die Nationalsozialistische Partei, die Kommunistische Partei trägt die Nr. 3, das Zentrum Nr. 4, die Deutschnationale Volkspartei Nr. 5, die Deutsche Volkspartei Nr. 6, die Wirtschaftspartei Nr. 7, die Deutsche Staatspartei Nr. 8, die Bayerische Volkspartei Nr. 9, das Deutsche Landvolk Nr. 10 und der Christlich-Soziale Volksdienst Nr. 11, in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl (1930) erhalten haben.

Richtlinien des Reichsinnenministers

Der Reichsminister des Innern hat heute durch Rundschreiben die Landesregierungen gebeten, alle Maßnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen. Unter Hinweis auf die wesentlichsten Wahlverstöße bei den letzten Wahlen wurde ersucht, dahin zu wirken, daß die Gemeindebehörden und Abstimmungsvorstände die Reichsstimmungsordnung genau innehalten, um keinerlei Anlaß zu Klagen zu geben. Gleichzeitig wurden allgemeine Richtlinien für die Organisation und Durchführung der Reichstagswahl gegeben.

Dr. Brüning Spitzenkandidat der hessischen Zentrumspartei

Der Landesausschuß der hessischen Zentrumspartei nominierte zur kommenden Reichstagswahl als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis 33 den früheren Reichskanzler Dr. Brüning. Die beiden Nebenkandidaten sind Dr. Bockius, Rechtsanwalt in Mainz, und Oberregierungsrat Knoll, Darmstadt, denen noch weitere zwölf folgen.

Verhandlung über Ruhrschiedssprüche in Berlin

Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Bergarbeiterverbände zu einer Besprechung für Freitag vormittag 11 Uhr in das Reichsarbeitsministerium nach Berlin eingeladen. Es handelt sich in dieser Besprechung um die noch nicht für verbindlich erklärten beiden Ruhrschiedssprüche.

Nr. 138 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Mittwoch, den 15. Juni 1932

Aus der Stadt

Soest und Holland

Kritik des „Twentsch Dagblad Turbantig en en Enschedesche Courant".

über das Conzert der Abteilung Hellweg-Münsterland des Deutschen Evangelischen Sängerbundes und des Unnaer Posaunen-Chors.

Das Kirchenkonzert, das von der Abteilung Hellweg-Münsterland des Deutschen Evangelischen Sängerbundes in der Großen Kirche gelegentlich meines Besuches von Enschede gegeben wurde, hat einen sehr großen Anklang gefunden. Als der Posaunen-Chor aus Unna begann, war das große Kirchengebäude bis auf den letzten Platz besetzt, so hatte das Konzert der deutschen Sänger angezogen. Viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen, und selbst die engen Plätze an der Uhr, die gewöhnlich nicht besetzt werden, wurden gern genommen, um den musikalischen Darbietungen der deutschen Gäste lauschen zu können, die selbst für die Inhaber der Stehplätze ein Genuß gewesen sind.

Nachdem Pfarrer Zillessen aus Hengelo, Pfarrer der deutschen Gemeinde in Twente, das Eröffnungswort gesprochen hatte, und gemeinschaftlich gesungen wurde, betete Pfarrer Spörri, Inspektor der Evangelischen Gemeinden für Deutschland, Wuppertal-Elberfeld. Darauf wies er darauf hin, daß es vielleicht das erste Mal sei, daß ein Teil dieses Festes von dem Sängerbund diesseits der Grenze gefeiert wird und sagte für den freundlichen Besuch besten Dank.

Anknüpfend an die Worte: Ich soll meinem Herrn und Gott Lob singen mein Leben lang, legt der Sprecher dar, daß hierin das Geheimnis liegt, daß man in der höchsten Not, die es gibt, doch noch singen kann.

Darauf wurde mit der Darbietung der verschiedenen Lieder begonnen. Der gemischte Chor begann mit dem Gesang: „Gib dich zufrieden" von Jakob Hintze. Allgemein fiel die Geschlossenheit des Chors auf. Der Zusammenfang war allerseits korrekt, die Stimmen frisch und heiter, die Nuancierung war vorzüglich. Darauf sang der Frauenchor: „Weiß ich den Weg auch nicht" von Joh. Bachus Dykes. Lieblich und natürlich klangen diese hohen Stimmen durch das Kirchengebäude.

Der in Deutschland bekannte Posaunenchor aus Unna begleitete dann unter Leitung von Herrn C. Schimme „Was mein Gott will" von Joh. Seb. Bach. Anfänglich klang die Musik ein wenig zu laut, doch bei den späteren Nummern gaben die Musikanten deutliche Beweise, daß sie ihrer Instrumente mächtig waren und sie zu spielen verstanden, sowohl bei piano als auch bei forte.

Abwechselnd mit dem Posaunenchor brachte der gemischte Chor danach **unter Leitung von Herrn Karl Pertz aus Soest** das Lied: „Aus tiefer Not". Die Abwechslung des Gesanges mit der Musik machte einen starken Eindruck. In dieser Nummer zeigte sich viel besser die Technik. Man konnte den prächtigen Ton bewundern, welcher den Instrumenten entlockt wurde, nicht allein in dieser, sondern auch in der folgenden Nummer: Die Bach-Komposition „Ist Gott mein Schild und Helfersmann" in der Begleitung des gemischten Chors.

Frisch klang die Ausführung von „Ich schau nach jenen Bergen" durch den Frauenchor. Von dem ganzen Chor wurde gesungen „Gott ist u. bleibt getreu", „Kommet her zu mir" von Friedel Hötzel, „O teures Gotteswort" von Moritz Hauptmann und „Ich lag in tiefer Todesnacht" von Ekkard.

Die Aufführung hatte einen flotten Verlauf.

Am Schluß sagte Herr J. J. van Deinse allen Sängern des Deutschen Evangelischen Sängerbundes im Namen aller Anwesenden sowie namens des Kirchenvorstandes und namens der Deutsch-Niederländischen Vereinigung ein Dankeswort für ihre Kunst in Gesang und Musik.

Pfarrer Zillessen aus Hengelo sprach ein Dankgebet.

Nach Ablauf des Konzerts wurden den Deutschen durch einige Eingesessene eine Kaffeetafel angeboten. Danach haben alle Deutschen dem Präsidenten der Kirche, Herrn G. J. van Heek jr. eine Serenade gebracht, woran sich die Wanderung durch den Heed-Park und von Lochempark anschloß.

Zu Ehren des Besuches spielte das Glockenspiel der Kirche als erste Nummer das Carillon-Conzert „Deutschland über alles."

Die Fahrt nach Holland wurde durch Personenomnibusse ausgeführt.

Für die 150 Mitwirkenden aus Soest, Unna, Dellwig, Obberdecke und Hamm stellte die A.-G. Ruhr-Lippe-Kleinbahnen die Kraftwagen.

Alle Sorten
Oele und Fette, Decken, Treibriemen, Asbestdichtungen
stets vorrätig
Paul Piel, Soest i.W.
Telefon 165 Grandweg 67.

Kreistag des Kreises Soest

Rund 12 v. H. der Bevölkerung des Kreises Soest hilfsbedürftig — Der Kreisetat für 1932 schließt mit einem Fehlbetrag von 260 000 ℳ — Um die Vorausbelastung des Landes. —

In der gestrigen Sitzung des Kreistages gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung Herr Landrat Freiherr von Werthern-Michels des 90. Geburtstages des Herrn Landrats a. D. Freiherr von Bockum-Dolffs, der als sein Vorgänger 40 Jahre an der Spitze des Kreises gestanden habe. Eine Kommission hat die Glückwünsche des Kreistages überbracht und die in unserer Zeitung näher besprochene Ehrenurkunde überreicht, die dem alten Herrn sichtlich viel Freude bereitet habe.

Als Punkt 1 der Tagesordnung erfolgte die Feststellung und Abnahme der Rechnungen der Kreiskommunalkasse für 1929. Beanstandungen sind durch den Kassenprüfer nicht erhoben worden. Es erfolgte Entlastung.

Die dann folgende

Erstattung des Verwaltungsberichts für 1931

ergab, daß der Etat für dieses Rechnungsjahr bei größter sparsamer Wirtschaft ausgeglichen werden konnte. Der Landrat wies in seinem Bericht auf die gestiegene Wirtschaftsnot aller Bevölkerungsschichten, die sich fast katastrophal auswirke, hin. So seien zahlreiche größere Betriebe in den Städten stillgelegt worden, andere hätten ihren Betrieb wesentlich einschränken müssen. Hinzu komme die besonders schwierige Lage der Landwirtschaft und die sich immer mehr verschlechternde Lage der Gewerbetreibenden. Hieraus ergebe sich von selbst als ganz natürliche Wechselwirkung eine verheerende Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Noch nie sei das wechselseitige wirtschaftliche Verbundensein aller Bevölkerungsschichten deutlicher in Erscheinung getreten als in dieser Notzeit. Aber nicht nur diese seien auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden, auch die die einzelnen Volksschichten umfassenden übergeordneten Gemeinschaften und Körperschaften seien mit deren Wohlergehen schicksalhaft verknüpft. Redner zeigte sodann die durchgeführten Sparmaßnahmen und die Notstandsaktionen im Rahmen der Winterhilfe für die Bedürftigen im Kreise Soest. Alle diese Arbeiten hätten von den Beamten und Angestellten, insbesondere denen des Kreiswohlfahrtsamtes, die Anspannung aller Kräfte verlangt. Für die geleistete Arbeit sprach der Herr Landrat diesen seinen herzlichsten Dank aus.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sei vom 1. 3. 1931 bis 1. 3. 1932 von 312 auf 691, also über 120 von Hundert, gestiegen. Einschließlich der Zahl der Zuschlagsempfänger von 1266 wurden demgemäß am 1. 3. 1932 1957 Personen = rund 3 v. H. und bei Einbeziehung der Alu- und Kri- nebst Zuschlagsempfänger mit 5448 Personen und rund 8 v. H., **insgesamt rund 11 v. H. der Gesamtbevölkerung des Kreises Soest aus öffentlichen Mitteln unterhalten.** Trotz dieser erschreckenden Zahlen kann man bei einem Vergleich mit anderen Städten und Kreisen wohl nicht zu Unrecht, ebenso wie bei der Stadt Soest auch beim Kreise, von einer verhältnismäßig noch glücklichen Struktur des Kreises sprechen. Eine Untersuchung der Verteilung der Erwerbslosen im Kreise ergibt, daß am 1. 3. 1932 in der Stadt Soest mit nicht ganz einem Drittel der Einwohner des Kreises etwas mehr als die Hälfte aller Wohlfahrtserwerbslosen des Kreises vorhanden waren.

Angesichts der immer noch steigenden Zahl der Arbeitslosen und der immer weiter zurückgehenden Steuereingänge ist der Zuschuß des Kreises zu dem Wohlfahrtsetat für 1932 mit 846 283 ℳ veranschlagt worden. Der Landrat weist darauf hin, daß bei solch hohen Summen naturgemäß alle übrigen Aufgaben der Kreisverwaltung, **insbesondere die der Kreisstraßenverwaltung, in Zukunft noch mehr vernachlässigt werden müßten.** Trotz seiner eigenen mißlichen finanziellen Lage habe das Kreiswohlfahrtsamt die Gemeinden in ihrem Bestreben, die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsfürsorge zu mildern, nach Kräften unterstützt. Die Arbeitsfürsorge solle auch in Zukunft nach Möglichkeit noch mehr gefördert werden.

Es sei die Drainierung der Unterbörde vorgesehen. Wenn eine in dieser Woche stattfindende Sitzung erfolgreich verlaufe, dann könne durch diese Arbeiten einigen 100 Leuten des Kreises wieder Arbeit verschafft werden.

Als weitere Sparmaßnahmen führt der Landrat die Herabsetzung der Besoldung an. Die Versuche, die Pflegesätze in den Krankenhäusern und Fürsorgeheimen herabzudrücken seien in Verhandlungen mit den Verbänden gescheitert.

Bei der Kreisstraßenverwaltung sind die größten Abstriche gemacht worden. Für allernotwendigste Neudeckungen und Instandsetzungen war mit 330 000 ℳ die Summe gegen 1930 um 40 000 ℳ gesenkt worden. Von dieser Summe standen aber, da bereits im Jahre 1930 vorschußweise 60 000 ℳ verwendet worden waren, nur noch 270 000 ℳ zur Verfügung. Infolge der dann einsetzenden Wirtschaftskrise wurden nun auch diese für das große Straßennetz unzureichenden Mittel um weitere 48 000 ℳ gekürzt, sodaß nur 222 000 ℳ verwendet werden konnten. Einige der ausgeführten Straßenarbeiten wurden in eigener Regie ausgeführt. Der Landrat weist dann auf die weitere Belastung durch die Erhebung einer Provinzialsonderumlage hin, die trotz mehrerer Proteste und Einsprüche erhoben worden sei. Am Schluß des Verwaltungsberichts sagt Redner, daß es nur bei stärkster Drosselung gelungen sei, ohne Belastung in das Jahr 1932 hineinzugehen. Ein Zustand, wie ihn kein Kreis näherer und weiterer Umgebung aufweisen könne.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932

Der Herr Landrat erklärt, daß man ohne Vorschuß in den neuen Etat hineingegangen sei. Ob man ihn in der Vorlage durchführen könne, sei in der heutigen Zeit bei der Ungewißheit der Einnahmeseite fraglich. Man könne nicht voraussehen und wissen, ob man noch mit Reichszuschüssen rechnen könne, ob die sozialen Lasten nicht noch weiter erhöht würden. Die Ausgaben seien so weit gedrosselt, daß der Etat nun das Aeußerste darstelle, was in dieser Beziehung möglich gewesen wäre. An den Zwangsausgaben könne eben nicht gespart werden. Der Landrat weist auf das ungeheure Anwachsen der Wohlfahrtslasten hin. Der

Etat für 1932 schließe ab mit einem Fehlbetrag von 260 000 ℳ.

Das macht ungefähr die Summe aus, die für den Wohlfahrtsetat mehr angesetzt werden mußte. Der Landrat gibt nochmals die Versicherung ab, daß gespart werden würde, wo es eben nur möglich wäre. Mit äußerster Vorsicht werde man versuchen, den Etat doch noch auszugleichen.

Das Kreistagsmitglied Steffens fragt an, ob durch die Uebernahme einiger Straßenarbeiten in eigene Regie bei Berücksichtigung der Verwaltungskosten doch noch Ersparnisse erzielt worden seien, ob diese Arbeiten die Garantie für längere Dauer der Arbeiten geben könnten. Man solle bei diesen Arbeiten doch nicht die Gewerbetreibenden durch die Uebernahme in eigene Regie ausschalten.

Der Landrat erwidert, daß man mit den Arbeiten die besten Erfahrungen gemacht hätte. Die größeren Arbeiten würden selbstverständlich den Unternehmern übergeben.

Auch der Stadtverordnete Schulte wendet sich gegen die Ausführung der Arbeiten in eigener Regie. Auf die Anfrage, ob die ausgebesserte Kreisstraße bei Waltringen nach ihrer Fertigstellung von der Provinzialverwaltung übernommen werde, da unter dieser Bedingung die Gelder vom Kreistag bewilligt seien, antwortet der Landrat, daß damit bei der augenblicklichen Lage der Provinz nicht zu rechnen wäre.

Herr Schulte wendet sich weiter dagegen, daß an die V. E. W. vom Kreis durch die Erhöhung des Aktienkapitals Zuschüsse gezahlt werden müßten. Dividende würden aber nicht ausgezahlt. Die Kreise müßten versuchen, daß hier einmal Reformen geschaffen würden.

Kreistagsabgeordneter Bragard beantragt Vertagung der Vorlage, da man die neue Notverordnung der Regierung erst abwarten solle, die doch voraussichtlich den Kreisen Hilfe bringe und dadurch der Etat evtl. ausgeglichen werden könne. Herr Bragard sagt weiter, daß er im Etat Ausgaben für zahnärztliche Behandlung von Kindern in der Schule vermisse.

Der Landrat erwidert, daß diese kostenlose Schul-Zahnpflege der Kinder an den Kosten gescheitert sei. Größere Belastungen könne der Etat aber nicht ertragen.

Eine längere Diskussion wird dadurch aufgeworfen, daß Herr Kreistagsabgeordneter Bornemann erklärt, daß durch Absetzung der Ausgaben in der Kreisstraßenverwaltung das Land dadurch benachteiligt werde, daß trotz dieser Verminderung die Vorausbelastung des Landes die gleiche bleibe. Dabei wäre doch zu berücksichtigen, daß die Abkäufe aus der Kreisstraßenverwaltung dem Wohlfahrtsetat zugute kommen. Die Vorausbelastung müsse doch so vorgenommen werden, daß die Abtragung der Kreisstraßenlasten zum Wohlfahrtsetat dem Lande Erleichterung bringe und die Lasten gleichmäßiger verteilt würden.

Herr Bürgermeister Klein stimmte dieser Ansicht des Abgeordneten Bornemann zu und betonte, daß hier auf dem Wege der Verständigung ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Diese Ausführungen ergänzte im gleichen Sinne der Abgeordneten Dr. Prange.

Mit dem Beschluß, daß der Kreisausschuß und der Haushaltsausschuß beraten sollen, in welchem Umfange die Vorausbelastung des Landes erfolgen soll, wurde der Etat gegen die Stimme des Abgeordneten Bragard angenommen.

Es erfolgten sodann noch einige Neuwahlen zu verschiedenen Ausschüssen und Aemtern. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Kreistag tagte knapp eine Stunde.

—m—

:·: **Auszeichnungen.** Vom Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen wurden verliehen: Der Turnerin Erna Kleine-Häkel das Sportabzeichen in Bronze; der Turnerin Hanna Buckemüller das Reichs-Jugendabzeichen. Beide Turnerinnen sind Mitglied des Soester Turnvereins von 1862. Herzlichen Glückwunsch und Gut Heil!

)!(**Liederabend im Toppschen Garten.** Auf den heute abend in den Gartenanlagen der „Brauerei Topp" stattfindenden Liederabend des M. G. V. „Frohsinn" weisen wir hier besonders hin. (Siehe Inserat).

(!) **Sommerfest des Gesellenvereins.** Das diesjährige Sommerfest zeigte wiederum seine alte Anziehungskraft. Mit klingendem Spiel und wehendem Kolpingsbanner zogen bei echt sommerlichem Wetter die Festteilnehmer vom Kolpingshause zur Borgelerlinde, wo sich mittlerweile weit über 500 Personen einfanden. Nach den Anstrengungen des Marsches schmeckte der Kaffee ganz vorzüglich. Alsbald begann der Kampf um die Königswürde. Der Vogel hatte bereits zwischen schattigen Bäumen seinen Platz aufgesucht. Ein lustiges Schlagen beginnt: Säbel zerbrechen, Bäume werden gefällt, Löcher schlägt man in die Luft, doch der Vogel zeigt noch keine Luft, seinen Kopf zu opfern. Endlich nach schwerem Ringen glückt es dem alten Gänsekönig Hans Glaremin wiederum, den Vogel zu enthaupten. Aber im Bewußtsein seiner königlichen Güte und Milde sowie seiner Verantwortung verzichtet er auf ein weiteres Regierungsjahr. Schnell wird ein Hahn herbeigeschafft. — Hahnenköppen! — So was war noch nie da! Nach wenigen Schlägen geht Hans Wohlfertz als Gänsekönig — Verzeihung als Hahnenkönig — aus dem Kampfe hervor. Er erwählt sich Frl. Treschen Erlenhöfer, bekannt als Schnorkebühlsche, zu seiner Mitregentin. Nun begann ein lustiges Treiben im Saal und im Freien. Regen Zuspruch fand der Schießstand, an dem sich Fritz Finke als bester Schütze den 1. Preis, ein Kaffeeservice, holte. Gegen 9,30 Uhr trat man in gehobener Stimmung unter Fackelbeleuchtung den Heimweg an, allgemein befriedigt über den wohlgelungenen Verlauf des Festes. Daß auch dieses Mal der Festwirt, Herr Steinhoff, das Beste lieferte, braucht wohl kaum erwähnt zu werden. Dem Königspaar wie der gesamten Kolpingsfamilie ein kräftiges: „Treu Kolping!"

?,? **Ueber 3000 Eisenbahner mit ihren Angehörigen fliegen aus!** In diesem Jahre ging der Ausflug der Eisenbahner ins Lennetal, nach Letmathe und zur Dechenhöhle. Etwa 1800 Personen beteiligten sich am vergangenen Sonntag, der Rest wird am kommenden Sonntag dasselbe Ziel aufsuchen. In etwa einstündiger Fahrt wurden die Ausflügler mit 2 Sonderzügen nach Letmathe befördert. Unter Vorantritt der schneidigen und fleißigen Vereinskapelle gings durch die Stadt zum Sammelpunkt. Ein Unwetter brachte von Anfang an leider eine Störung in den ganzen Nachmittag. Für Alt und Jung wurden draußen und im Saale allerlei Spiele betrieben. — Beim Preisschießen konnten folgende Preise ausgegeben werden: Düchting, Spieß, Kleinhempel, Stremmer, Schäfer, Wigge, Betmer, Alsdorf, Hille, Geise, Albrecht, Neuhaus, Tigges, Dujat, Müller, Becker, Blickmeier, Schönberg, Vedder und Vogler. Und auf der Kegelbahn wurde die Prämiierung in folgender Reihenfolge vorgenommen: Reifeke, Wolff, Heemann, Düchting, Klaas, Pieper, Müller, Eickel, Krebbeler, Grawe, Willebrandt, Röhm, Gröne, Maas, Droste, Albrecht sen., Tersteegen, Knaup, Breitung, Albrecht jun., Hengst. —

Verband ehemaliger Landwirtschaftsschüler

In Anwesenheit von Vertretern von 39 Vereinen der Provinz wie auch zahlreicher Ehrengäste trat am gestrigen Tage der Verband ehem. Landwirtschaftsschüler zusammen, die durch eine stark besuchte Vertreterversammlung im Hansesaale der Brauerei Topp eingeleitet wurde. Nach der Begrüßung durch den zeitigen Vorortsvorsitzenden Landwirt Karl Blume (Heppen bei Soest), berichtete der Vorortsgeschäftsführer, Landwirtschaftslehrer Dr. Kobusch, über eine am 1. Mai in Bingen abgehaltene Besprechung zur Gründung eines Reichsbundes ehem. Landwirtschaftsschüler und Oberlandwirtschaftsrat Dr. Janning über die im Anschlusse daran in Mannheim abgehaltene Sitzung, die sich für die Gründung aussprach. In der Versammlung erklärten sich die Vertreter von Münster, Dorsten, Horneburg und Minden gegen die Absicht des Vorstandes, schon heute die Gründung zu beschließen, wollten vielmehr zunächst in allen deutschen Provinzen und Ländern zusammenfassende Organisationen, auf denen sich der Reichsbund aufbauen könne, während von anderen Seiten betont wurde, der Reichsbund schaffe erst die rechte Einstellung für die Gründung von Provinzial- und Landesverbänden. Am Schlusse der sehr langen Aussprache erklärte sich die Versammlung einstimmig grundsätzlich für den Beitritt zum Reichsbunde, allerdings unter der Bedingung, daß dessen Programm den Wünschen des westfälischen Verbandes entspreche. Eine neue ausgedehnte Aussprache knüpfte sich an den vom Ortsverein Münster gestellten Antrag, die Zahlung der Verbandsbeiträge so lange einzustellen, bis das Verbandsvermögen, das jetzt etwas mehr als 2000 Mark beträgt, auf 200 Mark gesunken ist. Durch Generalversammlungsbeschluß hatte der Verein Münster sogar erklärt, er werde aus dem Verbande austreten, wenn dieser Antrag nicht angenommen werde. Nach langer Aussprache beschloß die Vertreterver-

sammlung, diesen Gegenstand bis zur nächsten Vertreterversammlung zurückzustellen, vorher aber den einzelnen Vereinen rechtzeitig eine Bilanz zugehen zu lassen, damit sie sich über die Finanzlage des Verbandes hinreichend unterrichten können. Dann hielt Oberlandwirtschaftsrat Dr. Janning (Münster), der Ehrenvorsitzende des Verbandes, einen beachtenswerten Vortrag über „Welche Betätigungsmöglichkeiten und Existenzgrundlagen bietet der landwirtschaftliche Beruf in der heutigen Zeit der Landjugend?" Aus den Ausführungen ergab sich der Antrag des Referenten, an die Landwirtschaftskammer und Zentralgenossenschaft den Antrag zu richten, sich die gründliche Ausbildung der jungen Landwirte auf genossenschaftlichem Gebiete besonders angelegen sein zu lassen. Dieser Antrag fand einhellige Billigung. Für Montag war nach einem einleitenden Vortrag des Direktors der Landwirtschaftsschule Soest, Landwirtschaftsrat Hopp, über die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Kreise Soest eine Besichtigung landwirtschaftlicher Betriebe in Aussicht genommen, die auf dem Provinziolgut Eickelborn endete. Mit dem 1. Juli geht der Vorort des Verbandes auf den Ortsverein Billerbeck über.

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Hiddingsen, 15. Juni. **Generalversammlung der vereinigten Schützenvereine von Lendringsen, Hiddingsen und Ruploh.** Am vergangenen Samstag hielt der Schützenverein seine erste Generalversammlung nach dem Feste ab. Als 1. Punkt der Tagesordnung wurde die letzte Niederschrift verlesen und genehmigt. Punkt 2: Kassenbericht. Zu Prüfern waren die Sch.-Br. Schürhoff und Wilms ernannt worden welche alles in bester Ordnung vrgefunden habeon. Die Entlastung des Kassierers erfolgte sodann. Hierauf gab Herr Wilms noch einen Ueberblick über das gefeierte Schützenfest und betonte, daß dasselbe in schönster Weise wie immer verlaufen sei. Nach Erledigung noch einiger kleinerer Angelegenheiten, ergriff der Hauptmann das Schlußwort. Er richtete an alle die Mahnung, auch weiterhin dem Vereine treu zu dienen und zu unterstützen, dann sei sein Weiterbestehen gesichert.

Bad Sassendorf, 14. Juni. Die Monatsversammlung des Ballspielvereins findet heute abend um 8,30 Uhr statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Interessenten, die in der Alten-Herren-Mannschaft spielen wollen, werden gebeten, sich am heutigen Abend in der Versammlung einzufinden. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bettinghausen. Die Gärtnerei Rehkämper konnte auf freiem Felde bereits Blumenkohl ernten und zwar Prachtkerle! Es ist dies sicherlich um diese Jahreszeit eine große Seltenheit, da der Blumenkoht in üblicher Weise sein „Erscheinen" erst später vornimmt.

Welver, 14. Juni. Zur Wahl des Elternbeirats ist nur eine Liste eingegangen. Eine Wahl erübrigt sich. Namen der Mitglieder: Herr Heinrich Kayser, Meyerich, Herr Dietr. Damberg, Dorfwelver, Herr Dietr. Römer, Recklingsen, Herr August Schulte, Welver, Frau Heinrich Hennemann, Meyerich. — Vertreter: Herr Franz Häger, Welver, Herr Anton Schöne, Nateln, Frau Wwe. Schulte-Kortemühle, Frau Heinrich Kerstin, Meyerich, Frau Wilh. Teimann, Welver.

Welver, 14. Juni. Am Samstag, den 11., und Sonntag, den 12. Juni feierte der Schützenverein Welver in althergebrachter Weise sein Schützenfest. Die Straßen von Welver und Meyerich, durch die der Schützenzug seinen Weg nahm, waren stattlich geschmückt, Fahnen und Ehrenbogen wechselten miteinander ab. Von der Jugend wurde schon am Freitag das Laub auf Wagen herbeigeschafft. Das Hauptereignis jedoch brachte der Samstag mit dem Schützenzug und anschließendem Vogelschießen. Schon in aller Frühe wurden die Bewohner des Bahnhofs von der Kapelle Schreiber Hamm geweckt. Mit schmittigen Märschen zog die Avantgarde zum Vereinslokal Walter, Welver. Um 7 Uhr erscholl das Kommando „Antreten" und 200 Schützen stellten sich dem zweiten Hauptmann. Am Kriegerehrenmal gedachte der 2. Hauptmann, Sch.-Br. Karl Teigeler, der gefallenen Helden. Bei den Klängen, „Ich hatt' einen Kameraden" wurde von Offizieren ein Kranz niedergelegt. Anschließend hielt Sch.-Br. Henkenjohann eine Parade ab. Dann wurde der 1. Hauptmann, A. Schnieder-Welver abgeholt, der dann das Kommando übernahm. Der Schützenzug ging dann durch die festlich geschmückte Luisenstraße über die Liethe und Meyerich zurück zur Gastwirtschaft Kligge, wo Sr. Majestät König Gustav I. mit seinem Stabe auf „sein Volk" wartete. Nach dem Frühstück beim Hauptmann nahm der Zug seinen Weg durch die besonders geschmückte Siedlung zur Vogelstange. E Hier gedachte der Hauptmann in einer markigen Rede der alten Geschichte des Vereins, und betonte, daß es ihm als 22. Führer, gestützt auf das Vertrauen der Mitglieder, vergönnt sei, dem Schützenverein Welver vorzustehen. Seine vornehmste Pflicht sei es, den Verein in jeder Hinsicht zu fördern, um ihm seine stattliche Mitgliederzahl von 225 zu erhalten. Den Arbeitslosen legte er ans Herz, nicht aus dem Verein auszutreten, sondern sich an den Vorstand zu wenden, der Mittel und Wege finden würde, den Betrag hereinzubekommen. Die noch nicht dem Verein angehörenden Bewohner von Flerke, Meyerich u. Welver forderte er auf, Mitglied zu werden, denn der Schützenverein, ein Volksverein ohne Unterschied auf Person und Rang, habe immer wieder versucht, den Hader und die Zwietracht, die leider in unserem deutschen Volke vorherrschen, zu überbrücken, und so an dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes mit zu arbeiten. Weiter führte er aus, daß der Schützenverein sein Fest feiere, um einige Stunden die Sorgen des Alltages zu vergessen, jedoch müßten trotz alter Traditionen gewisse Einschränkungen vorgenommen werden. Mit einem Hoch auf die Heimat und das Vaterland schloß der Hauptmann seine Rede. Nun setzte der Kampf um die Königswürde ein. Den ersten Schuß hatte der alte König, dann wurde die Reihenfolge durch das Los bestimmt. Das Zepter wurde die Beute der Schützenbruders Kreggenfeld-Welver, den Reichsapfel holte sich Sch.-Br. Frische-Meyerich und die Krone Sch.-Br. Fr. Fröhlich-Klotingen. Die Avantgarde, die aus ihren Reihen den König stellen wollten, setzten dem Adler ordentlich zu, hier ging es wie auf dem Banner der Avantgarde geschrieben steht: „Den ersten Schuß teilen immer zwei: Ein guter Schütz und sein Glück dabei!" Endlich gelang es dem Sch.-Br. Fritz Buschhoff-Welver, die Königswürde zu erringen. Zur Mitregentin wählte er Frl. Kipp-Loh. Nach dem Flatterschießen blieben die Schützen noch einige Zeit bei einem Glas Freibier im Buchenwald zusammen. Um 18 Uhr fand man sich wieder zu einigen fröhlichen Stunden im Wiemerschen Saale zusammen, wo die Kapelle Schneider zum Tanz aufspielte. — Auch der Sonntag verlief sehr harmonisch. Das übliche Abholen des Königspaares, der Aufmarsch der Schützen vor dem Hofstaat, die Begrüßungsrede des Hauptmanns, der schneidige Parademarsch der Avantgarde, die Polonaise zur Linde und nicht zuletzt die gute Konzertmusik der Hammer Stadtkapelle, ließen das Schützenfest zu dem schönsten Fest des Jahres werden.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne, sämtlich in Soest.

Turnen, Spiel, Sport

Die Gaumeisterschaften

des Ostwestfälischen Turngaues in Paderborn.

Glänzendes Abschneiden des Soester Turnvereins von 1862. — 10 Gaumeister, 8 zweite Sieger und 18 Dreikampfsieger bringen die Soester Turner heim.

Um es gleich vorweg zu sagen, die Volksturner vom S. T. V. von 62 haben sich am vergangenen Sonntag wieder von der besten Seite gezeigt. In ganz besonderem Maße aber unsere Jugendlichen. Unser würdigster Vertreter war wohl Karl Bögge, der allein drei Gaumeistertitel erwarb. Er gewann den Dreikampf mit 67 Punkten vor Hohenschild-Werl und Kröger-Paderborn, die je 60 Punkte erreichten. Den 400-m-Lauf gewann er in 52,5 Sek. und konnte hier seinen Rivalen Schulte-Paderborn sicher auf den 2. Platz verweisen. Auch sein Weitsprung von 6,30 m liegt noch 30 cm vor dem 2. Sieger. Wahrlich, eine ausgezeichnete Leistung für unsern treuen sieggewohnten Kämpen. Willi Garbrecht, der im Dreikampf den 4. Platz belegen konnte, wurde Gaumeister im Diskuswerfen mit 29,40 m. Seine Leistung wurde jedoch von seinem Bruder noch überboten, der in der B-Klasse den 1. Sieg mit 30,47 m errang. Auch im Speerwerfen der B-Klasse konnte Garbrecht 2 den 1. Platz mit 40,90 m und Jonny Ketels den 2. Platz mit 40,20 m für den S. T. V. buchen. Beide Leistungen übertreffen noch den 1. Sieger der A-Klasse. Im Hochsprung der B-Klasse konnte Garbrecht 2 auch noch einen 3. Sieg erringen. Im Kugelstoßen der A-Klasse mußte sich Garbrecht 1 mit 11,20 m, nur 3 cm hinter dem Gaumeister Hohenschild Werl begnügen. (Wilhelm, hätt'ste das nicht schaffen können?) Famose Leistungen zeigten noch in der B-Klasse Alfred Frankenberg im 100-m-Lauf, der mit 11,9 Sek. 2. Sieger wurde, Hans Schöler im 200-m-Lauf, der mit 26,2 Sek. den 1. Platz belegte und der 1. Sieger im 1500-m-Lauf Franz Wiesel mit 4:45,2 Minuten. Solch eine Jugend darf wohl zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Auch die 4mal100-m-Jugendstaffel in der Besetzung Lesser, Handtke, Knös und Schöler lief ein ausgezeichnetes Rennen mit 49,3 Sek. und gab den Lippstädtern und Paderbornern das Nachsehen. Bei fleißigem Ueben der Wechsel könnte diese Mannschaft sicherlich noch etwas besseres leisten. In der 4mal100-m-Staffel und in der 10 mal ½ Runden-Staffel mußten wir uns leider dem Turnverein „Jahn"-Paderborn beugen, doch hatten diese als Platzverein auch noch frische Kräfte zum Einsetzen zur Verfügung. Im 200-m-Lauf der A-Klasse konnte Kampschulze einen 2. Sieg für den S. T. V. retten, während sein Steinstoß von 7,50 m nicht mal mehr zu einem 3. Platz langte.

Im Stabhochsprung blieb unser Kämpe Heinrich Esken leider hinter den gewohnten Leistungen zurück, doch langte es auch hier in der B-Klasse noch zu einem 2. Platz mit 2,65 m. Für die 4mal100-m-Staffel benötigte der S. T. V. 47,4 Sek.! während Jahn-Paderborn es sogar in 47,0 Sek. schaffte. Mit den Leistungen des vergangenen Sonntags kann der S. T. V. von 1862 sehr zufrieden sein und zuversichtlich den kommenden Veranstaltungen entgegensehen.

Im Dreikampf konnten nachstehende Mitglieder des S. T. V. erfolgreich sein:

Klasse A:

1. Sieger Karl Bögge mit 67 Punkten
4. Sieger Willi Garbrecht mit 54 Punkten
9. Sieger Heinrich Kampschulze mit 48 Punkten

Klasse B:

6. Sieger Jonny Ketels mit 44 Punkten
7. Sieger Helmut Asbeck mit 43 Punkten

Jugend 14-15:

3. Sieger Willi Ley mit 76 Punkten
5. Sieger Conrad Garbrecht mit 67 Punkten
9. Sieger Richard Handtke mit 62 Punkten
10. Sieger A. Frankenberg mit 60 Punkten
12. Sieger Werner Lesser mit 57 Punkten
13. Sieger Fr. Grafemann mit 56 Punkten
21. Sieger Heinz Cummerwie mit 47 Punkten
23. Sieger Willi Cummerwie mit 45 Punkten
25. Sieger Karl Kleine mit 43 Punkten

Jugend 16-17:

1. Sieger Hermann Knös mit 75 Punkten
2. Sieger Fritz Junker mit 72 Punkten
7. Sieger Julius Ketels mit 63 Punkten
18. Sieger Norbert Wegener mit 49 Punkten

Wirtschaftliches

Produktennotierungen.

Berlin, 14. Juni. Weizen, märk. 221—253 u. Br., Juli-Lieferung 260, Sept.-Lieferung 229, Okt.-Lieferung 229,50, Dez.-Lieferung 234 u. Br., Roggen märk. 187—189, weiter 197 bahnfrei Berlin Br., Auslandsroggen 195 cif Berlin bez. u. Br., Juli-Lieferung 185—184,25, Sept.-Lieferung 181—180,75, Okt.-Lieferung 182,25—181,25, Dez.-Lieferung 185,50 bis 185, Industrie- und Futtergerste 165—171, Hafer, märk. 156—160, Juli-Lieferung 163 u. Br., Sept.-Lieferung 147—146, Weizenmehl 31—34,75, Roggenmehl 25,25—27,20, Weizenkleie 10,40—10,90, Roggenkleie 9,50—10,30, Viktoriaerbsen 17—23, Kleine Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 15—17, Wicken 16—18, Lupinen, blaue 10—11, dto. gelbe 14,50—16, Leinkuchen ab Hamburg 10,30—10,40, Erdnußkuchen 50 Prozent ab Hamburg 10,60, Erdnußkuchenmehl 50 Prozent ab Hamburg 10,80, Trockenschnitzel 8,70, Extrah. Sonnenbohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 10, dto. 46 Prozent ab Stettin 10,90 M.

Viehmärkte.

Altenessener Schweinemarkt vom 14. Juni. Gesamtauftrieb: 1120 (Ferkel 1000, Läufer 120). Es kosteten Ferkel im Großhandel (Durchschnittsware): 6—8 Wochen alte 7—11 M, 8—12 Wochen alte 11 bis 16 M; Läuferschweine: 3—4 Monate alte 16—22 M, 4—6 Monate alte 22—38 M. Marktverlauf: sehr langsam.

Geschäftliches

Morgen sind Sie an der Reihe —

Frau Nachbarin! Ja, gewaschen muß schon werden. Aber — macht man's so, wie die Persilwerke es schon immer empfehlen, dann kann von Anstrengung wirklich keine Rede mehr sein. Ueber Nacht die Wäsche mit Henko-Bleich-Soda kalt eingeweicht und morgens einmal ein Viertelstündchen mit Persil gekocht — damit bleibt Ihnen jede besondere Bleiche erspart.

Autofahrer
Autobesitzer!
decken ihren **Neu-Bedarf** in
AUTOREIFEN
nur bei
A. Wapelhorst, Dampf-Vulkanisier-Anstalt
Soest i. Westf.
Ruf 806 - Thomästr. 20 - Ruf 806.

Ingenieurschule Lage Bauschule
Elektrotechnik, Maschinenb. Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch. Radiotechnik
Lippe-Detmold
Architektur, Tiefbau, Eisenbeton-Stahlbau, Torindustrie
Lehrpläne anfordern

WOLFG. MARKEN
Drei-Eichen-Hof
URHEBER-RECHTSSCHUTZ-VERLAG OSKAR [illegible]STER, WERDAU I. SA.

(18. Fortsetzung.)

Die Grillen waren die einzigen, die mit ihrer zierlichen Musik die Stille unterbrachen. Hin und wieder aber verstummte ganz plötzlich das Zirpen, um nach kurzer Zeit wieder einzusetzen.

Dann war eine Stille, so köstlich, daß man glaubte, die Zeit müsse stille stehen.

Plötzlich hob Flock den Kopf.

Er knurrte leise auf, und seine Augen waren nach dem Hoftor gerichtet.

Näherkommende Schritte hörten die beiden Mädchen.

Der Riegel klirrte.

Flock sprang auf, aber Helga faßte ihn am Halsband. „Ruhig! Nicht bellen, Flock!"

Die kleine Hoftür öffnete sich, und eine Männergestalt trat ein.

Die Gestalt kam näher.

„Guten Abend, meine Damen!" grüßte eine weiche, angenehme Männerstimme. „Verzeihung, wenn ich Sie so spät noch überfalle. Ich habe den letzten Zug verpaßt und muß sowieso in Postelwitz übernachten."

„Sie wünschen, mein Herr?" fragte Helga freundlich.

„Mein Name ist Hans Berghoff. Ich bin ein Bekannter des Herrn Koch, Sie wissen, des Herrn Rechtsanwalts Doktor Koch. Er hat mir erzählt, daß Sie ihn so treulos verlassen haben. Er hat mich gebeten, wenn ich nach Postelwitz komme, die Damen aufzusuchen und ihnen die verbindlichsten Grüße zu Füßen zu legen."

Die beiden Mädels waren überrascht, nicht unangenehm, nein, sie freuten sich, daß ihnen der Rechtsanwalt ein gutes Gedenken bewahrt hatte.

„Wir danken Ihnen für die Grüße, Herr Berghoff," entgegnete Helga. „Darf ich Sie bitten, näher zu treten."

„Ach, gnädiges Fräulein! Es ist hier draußen so wunderschön, daß ich den Antrag zur Diskussion stelle: Wir bleiben unter diesen herrlichen Eichen. Der kleine Tisch paßt so idyllisch, und auf ihn läßt sich zur Not auch eine Lampe und, wenn Sie mich partout dazu einladen wollen, ein Glas Buttermilch stellen."

Das kam so drollig, so jugendhaft-schelmisch heraus, daß die beiden Mädchen lachen mußten.

„Wir akzeptieren Ihren Wunsch, Herr Berghoff, denn Sie haben recht. Die Stuben sind jetzt dumpf und unter den Eichen ist mehr Friede als im Hause. Aber ich werde eine Lampe holen und wirklich ein Glas Buttermilch. Wehe Ihnen, wenn Sie es verschmähen! Und dann wollen wir uns den späten Gast einmal ansehen."

Helga schickte sich an zu gehen.

„Meine Damen," kam die frische Stimme Hans Berghoffs wieder, „aber bitte keine Illusionen. Ich bin nicht so schön wie Valentino, Harry Liedke und sein Kollege Apollo, wenn ich auch dicht neben den Apollosälen in Berlin wohne."

Nach wenigen Augenblicken stand eine Lampe auf dem Tisch, ein großes Glas Buttermilch und ein dickbestrichenes Butterbrot.

Anita, der Schelm, nahm die Lampe vom Tisch und leuchtete Hans Berghoff ins Gesicht.

Das Licht fiel auf ein jugendfrohes, wirklich hübsches Männergesicht, aus dem ein paar dunkle Augen lachten.

„Helga," sagte Anita, „er sieht gut und ungefährlich aus."

Dann lachten sie zu dreien und ihr Lachen klang zusammen.

Treuherzig entgegnete Hans Berghoff: „Notarisch ungefährlich. Das stimmt. Sie haben einen bewundernswürdig scharfen Blick, meine Gnädige."

„Also von Doktor Koch sollen Sie uns Grüße bringen," nahm Helga wieder das Wort. „Hat uns Doktor Koch nicht ganz vergessen?"

„Der hat seine große Dummheit tausendmal bereut, aber er hofft, daß er das tüchtige Trio einmal wiederbekommt."

„Da hofft Doktor Koch zuviel, Herr Berghoff. Glaubt er, daß wir es hier einmal satt bekommen? Ich kann mir nicht vorstellen, daß das einmal eintritt. Es gefällt uns hier mit jedem Tag besser."

Hans Berghoff nickte.

„Ja, das glaube ich Ihnen. Wenn er statt meiner hier wäre und sähe, auf welch einem märchenhaften Hofe Sie leben, dann würde er sofort wissen, daß er keine Hoffnung mehr haben darf. Also, ich werde ihm Ihre endgültige Ablehnung überbringen."

„Das sollen Sie allerdings. Im übrigen, Sie wollten in Postelwitz übernachten? Da dürften sie wenig Hoffnung haben, den Wirt noch munter zu finden, denn morgen früh um drei Uhr heißt's aufstehen, denn — vergessen Sie Ihre Buttermilch nicht zu trinken, Herr Berghoff! — die Ernte geht weiter. Wir wollen morgen auch zwei Morgen Weizen schneiden."

„Sie meinen, daß ich gar kein Nachtquartier mehr kriege?"

„Es wird schwer halten."

„Was tut man da? Sehr einfach: Ich krieche in einen Getreideschober und schlafe da die ganze Nacht."

„Haben Sie das schon einmal getan?"

„Nein. Aber ich stelle es mir romantisch vor."

„Nun, ich weiß einen einfacheren Vorschlag. Ich stelle Ihnen unser Fremdenzimmer zur Verfügung."

„Das wäre ja reizend. Aber ich weiß nicht, ob ich Ihren Vorschlag annehmen kann."

„Sie können es unbesorgt, Herr Berghoff."

„Ich will den Damen wenigstens noch meine Ausweispapiere zeigen."

„Wir sind keine Gendarmen!" sagte Anita schelmisch. „Sie dürfen nur nicht böse sein, wenn um drei Uhr Betrieb wird. Sie können in Gottes Namen bis zum zweiten Frühstück schlafen."

„Und wann ist das, Gnädigste?"

„Gnädigste! Helga, wie mir da wird! Ich werde morgen, wenn ich in Kopftuch und Pantoffeln nachraffe, einmal an die Gnädige denken. Also, das zweite Frühstück ist um sieben Uhr."

„Wenn ich aber um drei Uhr munter sein und Lust haben sollte, mit bei der Ernte zu helfen?"

Die beiden Mädels lachten.

„Dazu wird Ihnen wohl die Lust vergehen, Herr Berghoff. Was haben Sie eigentlich für einen Beruf?"

„Ich . . . ich bin . . . eine Waise."

„Was?" kam es aus dem Munde beider Mädchen. „Sie auch?"

„Allerdings. Meine Eltern sind tot, und ich hatte obendrein noch das Unglück, daß mir mein Vater ein paar Pfennige vererbte. Ja, glauben Sie mir: Erben ist eine Sache, die sehr am Vorwärtskommen hindert. So bin ich denn Maler geworden."

„Ei, da müßten Sie einmal den Drei-Eichen-Hof malen. Das würde ein schönes Bild werden," sagte Anita.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westdeutschland

Das Dispositionskonto des Generaldirektors

Der Prozeß gegen den Straßenbahndirektor Pforte in Hagen

Nach fast achtmonatiger Voruntersuchung begann vor dem Hagener Landgericht, wie schon kurz gemeldet, die mit Spannung erwartete Hauptverhandlung gegen den früheren Generaldirektor der Hagener Straßenbahn Karl **Pforte.**

Die Anklage

wirft Pforte vor, absichtlich zum Nachteil der Hagener Straßenbahn gehandelt und wissentlich den Stand der Gesellschaft falsch dargestellt oder verschleiert zu haben. Weiter wird ihm Betrug, Untreue und Unterschlagung zur Last gelegt.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Lingenbrinck. Für die Verhandlung sind vier Tage vorgesehen. An Zeugen sind von der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung rd. 20 Zeugen genannt.

Nach Feststellung der Personalien des Angeklagten wird in

die Vernehmung Pfortes

eingetreten. Pforte bezog ein

Gehalt von monatlich rd. 11 000 RM., dazu eine jährliche Tantieme von 8000 RM. und Aufwandsentschädigungen, die später auf 20% des Gehalts festgesetzt wurden.

Hinzu kamen für die Mehrleistung nach Uebernahme der Hagener Vorortsbahn

noch monatlich 600 RM.

Eingehend wird der Angeklagte über die Unstimmigkeiten in der Kassenführung vernommen, bei denen

das Dispositionskonto des Generaldirektors,

das im Laufe der Untersuchung sich zu einem sogenannten Geheimkonto herausgebildet hatte, eine große Rolle spielt. Wie der Angeklagte ausführt, habe er aus diesem Konto alle die Ausgaben bestritten, die im Interesse der Straßenbahn notwendig gewesen seien, aber nicht direkt zur Kenntnis der Oeffentlichkeit kommen sollten. Im Laufe von acht Jahren sind

über dieses Konto rd. 433 000 RM. verbucht

bzw. vom Reichsbankkonto entnommen worden.

Belege sind jedoch nur für rd. 138 000 RM. vorhanden, während die übrigen vernichtet wurden.

Die Beträge seien namentlich im Interesse der Straßenbahn, und zwar der Reise, Repräsentationen, Anleiheverhandlungen usw. verausgabt worden. So will der Angeklagte u. a. nach einer nachträglich von ihm gemachten Aufstellung verwendet haben:

für eine Pariser Reise mit Oberbürgermeister Dr. Raabe zwecks Anleiheverhandlungen	2 000 RM.
für Verhandlungen mit Landrat von Nasse im Hotel Kaiserhof in Essen	2 000 RM.
für Verhandlungen mit provinziellen und kommunalen Behörden rd.	11 000 RM.
für Personalunterstützungen	5 000 RM.
für persönliche Ausgaben im Interesse der Straßenbahn täglich 20 RM., zusammen	51 100 RM.
für Unterhaltung des Kraftwagenführers Kallweit	15 300 RM.
für Bemühungen um die Hollandanleihe	13 600 RM.
Schmiergelder für die Hollandanleihe	5 100 RM.
Reisekosten mit Oberbürgermeister Finke nach Berlin	10 000 RM.
für eine achttägige Schweizer Reise mit Oberbürgermeister Cuno	2 500 RM.
Privatausgaben gelegentlich der Aufsichtsratssitzung rd.	40 000 RM.
für Gärtner und Unterhaltung des Wohnhausgartens rd.	7 000 RM.
für Anleiheverhandlungen rd.	45 000 RM.

Für diese Beträge sind keine Belege vorhanden.

In der Kasse der Hagener Straßenbahn sind zur Anleiheverhandlungen, Aufsichtsrat, Reisespesen usw. im einzelnen folgende Beträge verbucht:

Anleiheverhandlungen	131 742 RM.
Reisespesen	19 764 RM.
Bewirtungskosten	11 661 RM.
nochmalige Bewirtungskosten	3 035 RM.
eine Aufwandsentschädigung	18 771 RM.

Insgesamt ergeben diese Posten einen Betrag von 184 675 RM.

Auf Fragen des Vorsitzenden führte der Angeklagte aus, daß das Konto jedem Einsichtigen zugänglich war, also kein Geheimkonto darstelle. In der weiteren Vernehmung wird dann der Angeklagte über die einzelnen Reisen eingehend vernommen. Die notwendigen Gelder für Reisen und Repräsentationen ließ der Angeklagte von dem Prokuristen Becker durch Schecks vom Reichsbankkonto abheben. Sie wurden im Kursbuch nicht als Ein- und Ausgabe gebucht, sondern

der einzige Beleg war die Scheckleiste.

Der Angeklagte erklärte, daß Oberbürgermeister Cuno von diesem Fonds gewußt habe, weil er ihm selbst diesen Weg vorgeschlagen habe. Die nachfolgenden Oberbürgermeister Finke und Dr. Raabe müßten davon wissen, da eine Reihe von Ausgaben mit ihrem Einverständnis über dieses Konto verbucht worden seien. Ueber die Buch- und Finanzprüfungen erklärte der Angeklagte, daß diese auf Beschluß des Aufsichtsrates den beeidigten Bücherrevisoren übertragen worden seien und von diesen seit Jahren durchgeführt wurden. Er habe keine Anweisung gegeben, daß Rothe das Dispositionskonto nicht prüfen sollte. Einen breiten Raum nahm auch die Erörterung der Wohnhausfrage ein.

Der mit 72 000 Mark veranschlagte Bau stellte sich in der Schlußabrechnung auf rd. 180 000 RM.

durch Berücksichtigung zahlreicher Privatwünsche Pfortes, für die er keine Genehmigung hatte. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten vorläufig abgeschlossen.

In der Nachmittagsverhandlung wird mit der Zeugenvernehmung begonnen.

Oberbürgermeister a. D. Cuno

sagt über den Geheimfonds aus, daß er erst aus Zeitungsberichten über die Vorgänge erfahren habe und sich dann durch Oberbürgermeister Dr. Raabe habe informieren lassen und diesen dann in einem Schreiben über die Entstehung des Dispositionsfonds informiert habe. Oberbürgermeister Cuno bringt darin zum Ausdruck, daß er

damit einverstanden gewesen sei, daß Pforte seine Vertrauensspesen, Reisekosten und Repräsentationen im Interesse der Straßenbahn über dieses Konto laufen ließ, ohne besondere Spezifikationen und Belege darüber vorlegen zu müssen.

Das schließe natürlich nicht aus, daß die Einnahmen und Ausgaben ordnungsmäßig verbucht werden und im Rahmen des Vertretbaren bleiben müßten.

Die genannten Summen hält der Zeuge nicht für vertretbar,

und nach Kenntnisnahme der Art der Buchungen sei er auch in der Beurteilung der Dinge zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen. Bezüglich der Anleiheverhandlungen weist der Zeuge auf die großen Schwierigkeiten hin, die den Gemeinden durch die Bochumer Schacht-Rede erwachsen seien, sodaß sie auf allen möglichen Wegen versuchen mußten, Gelder zu bekommen. Unfaßbar erscheine es auch dem Zeugen, daß die Abgabe der Straßenbahn an die Stadt trotz Wirtschafts- und Verkehrsrückgang nach seinem Fortgehen von 60 000 RM. jährlich auf 160 000 RM. und dann auf 240000 RM. erhöht worden sei.

Der Bücherrevisor Rothe, der allmonatlich die Kasse der Straßenbahn und am Jahresschluß die Bilanz prüfte, sagte aus, daß

ihm bei dem Versuch, das Dispositionskonto zu prüfen, bedeutet worden sei, daß dies durch den Aufsichtsrat geschehe.

Nach Vernehmung des Stadtverordnetenvorstehers und Aufsichtsratsmitgliedes Sänger, die keine neuen Momente erbrachte, wurde die Verhandlung nach wiederholten Vertagungswünschen des Verteidigers und des Angeklagten, der nicht mehr folgen konnte, vertagt.

*

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages im Pforte-Prozeß teilt der Vorsitzende mit, daß der Vertreter der Anklage leider plötzlich erkrankt sei und ein Vertreter bestimmt werden müsse. Nach halbstündiger Vertagung der Sitzung übernimmt Staatsanwaltschaftsrat Krumholz die Vertretung der Anklage.

Es wird dann die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Die Hauptzeugen des zweiten Verhandlungstages

Oberbürgermeister a. D. Fincke und Oberbürgermeister Dr. Raabe

werden über die am 1. Tage eingehend geschilderte Materie, wie Reise, Bewirtung, Anleiheverhandlungen, Wohnhausbau und Dispositionskonto eingehend vernommen.

Von einem Geheimfonds war beiden Zeugen nichts bekannt,

wohl, daß der Angeklagte seine Barauslagen im Interesse der Straßenbahn gesammelt liquidieren sollte. Abhebungen in der Höhe, wie sie der Angeklagte vorgenommen hat, halten beide Zeugen für nicht vertretbar. Ebenso halten sie die Reisekosten für zu hoch geschätzt. Die Verhandlungen über die Aufnahme von Anleihen schildern beide Zeugen übereinstimmend als kostspielig und langwierig. Die Bilanzprüfung sei in der dargestellten Form durch den Bücherrevisor und zwei Mitglieder des A. R. geschehen. Der Absicht des Oberbürgermeisters Raabe,

das städtische Rechnungsprüfungsamt einzuschalten, seien vom A. R. selbst Schwierigkeiten bereitet worden.

Nach Bekanntwerden der ersten Unstimmigkeiten habe die gründliche Prüfung des Rechnungsamtes eingesetzt und das bekannte Ergebnis gezeitigt.

Magistratsrat Dr. Dammrau wird speziell über die Holland-Anleihe-Verhandlungen, an denen er zum Schluß teilgenommen hatte, vernommen. Seine Ausführungen sind eine Bestätigung über die Entstehung der hohen Unkosten zur Erlangung der Holland-Anleihe.

Diesem Anleihebetrag von 4.2 Mill. RM. stehen über 400 000 RM. an Unkosten gegenüber.

Der Zeuge hält diese Summe trotzdem für die damalige Zeit wirtschaftlich für vertretbar und angemessen.

Architekt Kohlhage wird über den

Wohnhausbau

vernommen.

Die Ueberschreitung des Voranschlages um 108 000 RM.

sei in der Hauptsache auf die fortgesetzte Steigerung der Löhne und der Materialpreise in der Bauzeit 1924-25 zurückzuführen. Steigerungen bis zu 200 und 300 Prozent seien nicht selten gewesen. Durch Rückfrage des Verteidigers wird festgestellt, daß in der Baukostensumme von rund 180 000 RM. nur 15 000 RM. enthalten seien, die durch Ausführung persönlicher Wünsche des Generaldirektors entstanden sind. Die entstandenen

Reparaturkosten in Höhe von 11 000 RM. bereits drei Jahre nach Fertigstellung

des Neubaues hält der Zeuge für reichlich hoch. Weiter wird durch die Aussagen des Zeugen festgestellt, daß dieser dem Generaldirektor bei Neubauten Offerten mit gleitender Lohn- und Materialskala überreichte, die dieser dem A. R. vorlegte und dann dem Zeugen zurückgab. Hieraus schließt der Verteidiger, daß der A. R. bei den damaligen Verhältnissen mit einem erheblichen Ueberschreiten des Voranschlages rechnen mußte.

Die Weiterverhandlung wird dann auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Aus niederrheinischen Landen

Lebensmittelvergiftung

40 Personen erkrankten

Mitte voriger Woche erkrankten in der Diakonissenanstalt in Kaiserswerth bei Düsseldorf etwa 40 Personen an fieberhaftem Durchfall, der teilweise mit Erbrechen verbunden war. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß es sich um eine Lebensmittelvergiftung handelt, die auf den Genuß von Fischsalat zurückzuführen war. Die Erkrankungen sind autartig verlaufen. Die Erkrankten befinden sich auf dem Wege der der Besserung. Neuerkrankungen sind bisher nicht aufgetreten. Die Gesundheitspolizei hat die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um ein weiteres Umsichgreifen der Erkrankungen zu verhüten. Die polizeilichen Ermittlungen nach dem Infektionsherd sind noch nicht abgeschlossen.

Um die Sanierung der Rheinischen Landesbank

Sitzung des Provinzialausschusses

In der Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinprovinz berichtete der Landeshauptmann über die bisherigen Verhandlungen betreffend die Sanierung der Landesbank. Der Verhandlung habe ein vom Staatskommissar für die Landesbank aufgestellter Sanierungsplan zugrunde gelegen. Nach Ueberwindung von vielen Schwierigkeiten und Verzögerungen hätten die Verhandlungen, für die sich der Reichskanzler Brüning nachträglich einsetzte, inzwischen zu einem Erfolg zu führen, versprochen und Zusagen maßgebender Stellen hätten schon vorgelegen. Diese Verhandlungen seien nun durch den Wechsel der Regierung unterbrochen worden. Das sei um so bedenklicher, als sich inzwischen die Unmöglichkeit von einem großen Teil der kommunalen Schuldner, ihre Zinsen zu bezahlen, deutlich herausgestellt habe und zum Ende Juni ein erneuter Kredit der Reichsbank erforderlich sei, die Reichsbank die Hergabe des Kredits aber von der Sicherstellung einer endgültigen Sanierung abhängig mache.

Der Provinzialausschuß richtet daher an Reichs- und Staatsregierung das dringende Ersuchen, nunmehr endlich die für die Notlage des Westens bedeutungsvolle und ausschlaggebende Sanierung der Landesbank zur Durchführung zu bringen und weist erneut darauf hin, daß die Kredithilfe, die für das wichtigste öffentliche Kreditinstitut des Westens erbeten werde, von derselben Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft sei wie die Hilfsmaßnahmen des Reiches zur Behebung der Kreditschwierigkeiten im Osten. Der Provinzialausschuß beauftragte den Landeshauptmann, bei der neuen Reichsregierung diese Auffassung mit Nachdruck zum Vortrag zu bringen.

Mit besonderem Nachdruck wurde dann noch festgestellt, daß die Frage der Bildung des Rheinischen Giroverbandes und der Rheinischen Girozentrale in Düsseldorf, die seit August vorigen Jahres in der Schwebe ist, von der preußischen Staatsregierung noch immer nicht zu einer Erledigung gebracht worden ist.

Aachen. Eisenbahnertod zwischen Puffern. Am Vormittag geriet auf der Grube Carolus Magnus in Palenberg der Lokomotivführer Josef Gemünd aus Süggerath beim Rangieren vor die Puffer zweier Eisenbahnwagen. Er erlitt schwere Brustquetschungen und starb nach einer Stunde im Krankenhaus. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Moers. Mit höchster Geschwindigkeit in den Tod. Morgens ereignete sich in der gefährlichen Kurve der Neukirchener Hauptstraße ein folgenschwerer Motorradunfall. Der 23jährige Molkereigehilfe Franz Plüm aus Kapellen fuhr an dieser Stelle mit Höchstgeschwindigkeit gegen einen Baum. Er war sofort tot. Seine Begleiterin mußte mit schweren Kopfverletzungen dem Krankenhause zugeführt werden. Die Maschine wurde ganz zertrümmert.

Hagen. Das Befinden der verletzten Sänger. Von den bei dem bereits gemeldeten schweren Autounglück in der Selbecker Straße in Hagen verletzten Personen befinden sich fünf im Marienhospital, sieben im Allgemeinen Krankenhaus und zwei im Josefs-Hospital. Zwei Leichtverletzte konnten nach Anlegung eines Notverbandes aus dem Allgemeinen Krankenhaus bereits wieder entlassen werden. Wie auf Anfrage bei den Krankenhäusern mitgeteilt wird, kann der Zustand der Verletzten den Verhältnissen entsprechend als befriedigend bezeichnet werden.

Vom Mittel- und Oberrhein

Der Zwillingsmord in Köln

Durch Schläge auf den Kopf getötet.

Die Obduktion der Leichen der Zwillinge, die, wie gemeldet, von der Polizei in der Spulmannsgasse in einem Pappkarton beschlagnahmt wurden, hat ergeben, daß die beiden Kinder lebend auf die Welt gekommen sind, aber durch Schläge auf den Kopf mit einem stumpfen Gegenstand getötet worden sind. Die Mutter behauptet nach wie vor, ein Kind sei tot zur Welt gekommen, das andere kurz darauf gestorben. Die Untersuchungen der Polizei gehen weiter.

Köln. Der Kölner Sender kommt nach Hannover. Der hier überflüssig gewordene Kölner Rundfunksender wird zurzeit abgebrochen, um nach Ueberholung und Verbesserung in Hannover verwendet zu werden, wo ein stärkerer Sender als der bisher dort in Tätigkeit befindliche von 0,25 KW. benötigt wird. Der neue Hannoversche Sender wird die sechsfache Leistung des bisherigen haben, d. h. 1,5 KW. (wie bereits in Köln). Ueber die Verwendung der Kölner Funktürme, die nicht mit nach Hannover kommen, da Hannover neue Holztürme erhält, ist noch keine Entscheidung getroffen.

Köln. Eine wertvolle Münzsammlung gestohlen. Wie bereits bekannt, sind in der Nacht zum 10. dieses Monats, wahrscheinlich zur Nachtzeit, von einem Einsteigedieb auf dem Hansaring in einer Privatwohnung zahlreiche Sachen gestohlen worden. Wie die Polizei nunmehr bekannt gibt, befinden sich unter den gestohlenen Sachen antike Silbergegenstände wie Reliquienbehälter an silbernen Kettchen, Münzen von geschichtlichem Wert verschiedener deutscher und ausländischer Fürsten aus vergangenen Zeiten, Münzen aus fast allen deutschen und vielen schweizerischen Städten von berühmten Persönlichkeiten und besonders von deutschen Bistümern.

Köln. Schweres Motorradunglück. — 2 Tote. Auf der Rheinstraße nach Rodenkirchen kam es am Abend zu einem Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Kraftwagen. Der Fahrer und der Beifahrer des Motorrades erlitten schwere Verletzungen, denen sie bald darauf erlagen. Das Motorrad, das stark demoliert wurde, und der Kraftwagen wurden von der Polizei sichergestellt. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Bonn. Ehrenvolle Ernennung. Der Ordinarius für deutsche Literaturgeschichte an der Universität Bonn, Geheimrat Prof. Dr. C. Walzel, ist von der Gesellschaft der niederländischen Literatur (Matschappij van nederlandsche Letterkunde) in Leiden zum Mitglied ernannt worden. Die Gesellschaft besteht seit dem 18. Jahrhundert. In Deutschland gehören ihr nur 16 Mitglieder an. An der Bonner Universität sind es Professor Götters und Professor Eggen van Terlan.

Bitburg (Eifel). Verstärkung des Grenzschutzes. Um dem Schmuggelwesen, das in den letzten Wochen im Trierer Bezirk zugenommen hat, in etwa Einhalt zu gebieten, wird der Bezirk des Zollamtes Römerbrücke—Trier um etwa 50 Grenzbeamte verstärkt, bei denen es sich um Dienstanwärter, die aus der Reichswehr übernommen werden, handelt. Neben den zahlreichen Grenzen des Saargebietes wird auch der Grenzschutz an der Sauer entlang verstärkt, sodaß für die Folge mit einem stärkeren Eindämmen des Schmuggels gerechnet werden kann.

Mainz. Haftentlassung in der Falschmünzeraffäre. Nachdem der Ring der Falschmünzer und Verbreiter der Falsifikate durch die 16 Festnahmen geschlossen war, wurden sämtliche beteiligten Personen dem Amtsgericht zur Vernehmung und Erlaß von Haftbefehlen zugeführt. Nach eingehenden Vernehmungen der Beschuldigten, die durchweg geständig sind, wurden auf Verfügung des Ermittlungsrichters die weniger belasteten Personen, insgesamt sieben, wieder auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen Beschuldigten wurden unter Haftbefehl gestellt und ins Untersuchungsgefängnis geführt.

Burg a. d. Wupper. Bergische Heimatspiele 1933. Im nächsten Jahr jährt sich zum 800. Male der Tag, an dem die bergischen Grafen endgültig Schloß Burg zu ihrer Residenz bestimmten. Aus diesem Anlaß sollen, nach einem Beschluß des „Ausschusses für die Bergischen Heimatspiele" die Bergischen Heimatspiele, die bekanntlich auf Schloß Burg stattfinden, neu zur Aufführung kommen. Die Aufführung soll sich gleichzeitig zu einer Heimatkundgebung des bergischen Landes gestalten.

Ilse von der Esche



Roman von Hermann Lienhart

NACHDRUCK VERBOTEN

4. FORTSETZUNG

NACHDRUCK VERBOTEN

„Es mag ja sein," sagte sie langsam, „indessen, ich kann Sie nicht darüber im unklaren lassen, daß meine Liebe einem andern gehört und daß ich diese Liebe nie aus meinem Herzen reißen kann."

„Ich werde mich mit dieser Tatsache abzufinden wissen, Komtesse. Ich heirate Sie also ohne Liebe Ihrerseits. Schön, es soll für mich kein Hindernis sein, Ihnen trotzdem meine Hochachtung und meine Ehrerbietung zu Füßen zu legen. Sie werden in meinem Hause die Stellung einnehmen, die Ihnen als meiner Gattin gebührt. Nur um eins möchte ich Sie bitten, vor der Dienerschaft — Sie werden über eine Zofe und über eine Kammerjungfrau verfügen können — bitte ich, den Schein zu wahren."

„Das ist für eine Dame selbstverständlich."

„Verzeihung, gnädiges Fräulein. Ich weiß das sehr wohl und doch spreche ich es aus. Von dem Augenblick ab, da Sie meine Gattin sind, können Sie über Ihre Zeit und über mein Geld verfügen, ganz nach Belieben. Ich lege Ihnen alles zu Füßen und warte."

„Worauf warten Sie, Herr Greiner?"

„Auf die Zeit, da Sie mich lieben werden."

„Dieser Zeitpunkt wird nie eintreten."

„Das sagen Sie heute, Komtesse. Und heute kann ich es noch begreifen. In einem Jahr vermöchte ich das nicht mehr zu tun. Aber ich weiß genau, daß Sie mich einst lieben werden."

„Das können Sie niemals wissen.

Wieder lächelte er fein. „Gestatten Sie mir, darüber anderer Meinung zu sein. Aber Ihr Wunsch ist mir ein Befehl. Ich werde zu Ihnen vom Tage der Hochzeit ab nie mehr von Liebe sprechen. Sie sollen meine Gefährtin sein, ich hoffe, daß Sie sich meiner Nähe nicht ganz entziehen werden. Ich werde Ihnen die Ueberwachung meines Hauses übergeben, Sie können darin schalten und walten nach Belieben. Im übrigen werde ich sehr oft verreist sein. Dann ist Ihnen die Qual erspart, mich um sich zu haben."

Ihre Augen forschten unsicher in seinem unbeweglichen Gesicht. Sie konnte nicht umhin, diesen Mann in gewisser Beziehung zu bewundern. Sie hatte sich unter Eberhard Greiner einen anderen Menschen vorgestellt. Aber sie krampfte ihr Herz mit Gewalt zusammen, wollte die guten Eigenschaften Greiners nicht sehen, bemühte sich, alles im krassesten Lichte zu erblicken.

„Sie leiden unter dem Zwang, Komtesse. Das ist alles. Ein freier Entschluß wäre Ihnen leichter gefallen. Leider liegen die Verhältnisse so, daß ich Ihnen diesen Zwang nicht ersparen kann."

„Warum helfen Sie meinem Vater nicht, ohne auf meine Hand zu rechnen, Herr Greiner? Wenn Sie wirklich so edelmütig sind, dann —"

„Verzeihen Sie mir, wenn ich Sie unterbreche, Komtesse. Ich bitte Sie nochmals, diese unerquickliche Seite in meiner Gegenwart nicht weiter zu erörtern. Es kränkt mich. Es ist meine erste und wirkliche Bitte. Ich will sehen, ob Sie mir diese erfüllen werden. Und dann, es ist etwas anderes, wenn ich nur als Geschäftsmann oder als Kapitalist Ihr Haus betreten hätte. Aber ich liebe Sie! Das ist für mich der einzig maßgebende Punkt. Ich liebe Sie und werde nie aufhören, Sie zu lieben. Aber meine Liebe ist nicht die eines unerfahrenen, leidenschaftlichen Jünglings. Ich liebe Sie mit dem ganzen Ernst eines Mannes, der weiß, was er will. Und nur, um Ihre Liebe zu erringen, habe ich diesen Schritt gewagt, auf die Gefahr hin, daß Sie mich von einem falschen Standpunkt aus betrachten. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus, daß Sie mir keine Liebe entgegenbringen können. Das wäre zuviel verlangt. Keine Dame der guten Gesellschaft wird sich so weit erniedrigen, bei unserer kurzen Bekanntschaft sofort eine Liebe zu heucheln. Ihre Aufrichtigkeit ist mir ungleich wertvoller. Hassen Sie mich, wenn Sie können. Haß und Liebe sind nahe vereint. Ich fürchte Ihren Haß nicht." Er lächelte gewinnend. „Ich bin schon zufrieden damit, daß Sie mich anhören. Das beweist mir, daß Sie mir wenigstens die Berechtigung zuerkennen, Ihnen mein Inneres zu offenbaren. Ich hatte das große Glück, als Sohn eines reichen Mannes auf die Welt zu kommen. Als mein Vater starb, übernahm ich den ausgedehnten Betrieb, trat ihn dann an eine Aktiengesellschaft ab, deren Hauptaktionär ich heute noch bin. Ich bin unabhängig in jeder Hinsicht. Meine Gelder sind sicher angelegt. Aber ich habe nie aus meinem Reichtum einen unedlen Gebrauch gemacht. Wenn meine Werbung Ihnen, weil sie mit finanziellen Verhältnissen verquickt ist, als Geschäft erscheint, wenn Sie mich deshalb verurteilen, so haben Sie mich, wie gesagt, falsch eingeschätzt. Das wird Ihnen die Zukunft lehren. Ich bin weder ein Protz noch ein Parvenü. Der Reichtum ist durch Arbeit und wieder durch Arbeit erworben worden. Riesenvermögen fallen einem nicht in den Schoß. Ich werde es Sie auch nie fühlen lassen, daß Sie unter diesen etwas prekären Verhältnissen die Meine wurden. Wenn ich Ihnen das sage, Komtesse, so wünsche ich nur, daß Sie sich kein falsches Bild von meiner Persönlichkeit machen. Ich bin ein Sportsmann, ein begeisterter Jäger, ich liebe es, wenn auch die Frauen dem Sport huldigen. Es steht Ihnen eine hübsche Segeljacht zur Verfügung. Sie haben reichlich Gelegenheit zu reiten. Ich habe in meinem Stall einige ausgezeichnete Pferde, ich habe mehrere Autos, ich sage das nur, um Ihnen zu zeigen, daß Sie sich nicht zu langweilen brauchen. Nicht etwa, um Ihnen mein Angebot etwas verlockender hinzustellen. Das sind alles für mich nebensächliche Dinge. Ich sehne mich nach einer Gefährtin fürs Leben und ich habe es mir in den Kopf gesetzt, daß Sie es sein müssen, Komtesse."

„Warum gerade ich?"

„Muß ich Ihnen wieder von meiner Liebe sprechen? Können Sie das nicht verstehen?"

„Verstehen kann man alles, aber Herr Greiner, Sie versetzen mich in die unangenehme Situation, Ihnen Dankbarkeit entgegenbringen zu müssen."

„Oh, auf Dankbarkeit erhebe ich keinen Anspruch, Komtesse. Was ich tue, geschieht nicht aus dem Grunde, Ihre Dankbarkeit zu erzwingen. Nein, nein, Sie wollen mich nicht verstehen. Es ist besser, ich verlasse Sie jetzt eine Zeitlang. Bitte, setzen Sie mit Ihrem Herrn Vater den Termin zur Hochzeit fest. Sie werden mich vorher nicht mehr sehen."

Er verbeugte sich tief und ehrerbietig vor ihr und schritt nach dem Schlosse zurück. Dort sprach er noch eine Weile mit dem Grafen, dann hörte man das Rattern eines Motors; Greiner hatte das Schloß verlassen.

Ilse strich sich über die Schläfen, als ob es sie da schmerze. Sie schreckte fast zusammen, als die Mutter neben ihr stand.

„Kind, ist er wirklich so unausstehlich?"

„Ach Mutter!"

Sie warf sich der Gräfin an die Brust und weinte.

„Es wird noch alles gut werden, Ilse," sagte die Gräfin leise und streichelte ihr Haar. „Du solltest dich glücklich fühlen, einen solchen Mann erringen zu dürfen."

„Mama — und doch — ich werde ihn nie lieben können. Ich muß ihn hassen. Er zerstört meinen schönsten Lebenstraum."

„Ach, mein Kind. Diese Jugendliebe! Sie ist doch so töricht. Wenn du ruhig über das alles nachdenkst, mußt du einsehen, daß wir nur dein Bestes im Auge haben."

Ilse erhob sich.

„Laß mich jetzt allein, Mama."

Sie schritt mit langsamen und müden Schritten nach ihrem Zimmer.

Wazniewsky war es durch Schleichmittel gelungen, sich die Liste der Gläubiger des Grafen zu verschaffen. Aber als er die ersten Fühler bei den verschiedenen Firmen und Banken ausstreckte, mußte er zu seinem Schrecken gewahren, daß alle Verbindlichkeiten des Grafen von der Esche bereits voll und ganz von Eberhard Greiner getilgt waren.

Der Makler begab sich ungesäumt zu Baron von Lerchenfels. Dieser empfing ihn in keiner rosigen Laune.

„Ich weiß bereits alles, Sie sind zu spät gekommen, Wazniewsky."

„Habe ich Ihnen nicht gesagt, Herr Baron, die Komtesse wird Greiner heiraten? Gegen Greiner kann ich nicht kämpfen. Er ist zu mächtig."

„Wie hoch schätzt man sein Vermögen?"

„Auf über zwanzig Millionen, Herr Baron."

Lerchenfels verfärbte sich. Dagegen konnte er nicht aufkommen. Donnerwetter! Dagegen war er ein Stümper, ein armer Mann.

„Und doch muß die Heirat verhindert werden, Wazniewsky."

„Ich habe mich schon auf einen Weg besonnen. Die Komtesse liebt ihn nicht, das weiß ich."

„Sie wird ihn dennoch heiraten, weil es der Graf verlangt. Das ist kein Weg. Besinnen Sie sich auf einen anderen."

„Mendheim."

Mendheim! Der Gutsverwalter war wirklich der einzige, der die Komtesse dazu bestimmen konnte, Greiner noch in letzter Minute fallen zu lassen. Dann würde Greiner selbst den Grafen bedrängen.

„Hm, Wazniewsky, wir müssen es auf diese Weise versuchen. Wenn es gelingt, Greiner die Forderungen wieder abzukaufen. Wie hoch belaufen sich die gesamten Schulden des Grafen?"

„Auf etwa sechshunderttausend Mark. Sämtliche Hypotheken und Uebertragungen befinden sich in den Händen Greiners."

Der Baron rechnete auf einem Blatt Papier. Es war allerdings kein verlockendes Geschäft mehr. Greiner würde natürlich nichts nachlassen. Aber trotzdem, der Besitz des Grafen von der Esche war diese Summe wert.

„Es ist gut, Wazniewsky, Sie können gehen. Ich lasse Ihnen wieder Nachricht zukommen."

Baron von Lerchenfels ging lange in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Graf von der Esche war nun wieder ein Gegner, mit dem er rechnen mußte. Als Schwiegervater des reichen Greiner würde er sogar ihn vernichten können.

Der Baron wurde nervös und kaute an seinem Schnurrbart. Ein paar Mißernten, dann geriet er selbst in Schulden und dann?

Er schellte seinem Diener, befahl ihm, Mendheim zu rufen.

Als der Gutsverwalter erschien, fand er den Baron äußerst liebenswürdig.

„Nehmen Sie Platz, lieber Herr von Mendheim. Sie werden wohl schon gehört haben, daß sich die Komtesse Ilse mit Eberhard Greiner verlobt hat?"

„Ich weiß es," sagte Mendheim finster.

„Offengestanden, Herr von Mendheim, ich begreife nicht, warum Sie so sang- und klanglos sich von einem Nebenbuhler aus dem Felde schlagen lassen."

„Ich bin arm, Herr Baron."

„Ich will offen zu Ihnen sein, mein lieber Herr Gutsverwalter. Es liegt mir, ich sage Ihnen das ganz offen, viel daran, daß diese Verbindung mit Greiner nicht zustande kommt. Nehmen Sie einmal an, ich gönne es dem Grafen nicht; ich vermute, die Komtesse rennt in ihr Unglück. Sie haben ihre Liebe und Sie stehen beiseite. Wenn ich Ihnen nun die Mittel gäbe, im Ausland mit der Komtesse ein neues Leben anzufangen, sagen wir, in Amerika oder Kanada oder wo Sie wollen, brächten Sie es nicht fertig, die Komtesse zu überreden, mit Ihnen zu fliehen?"

Mendheim sprang auf, Zorn sprühte aus seinen Augen.

„Herr Baron, für wen halten Sie mich?"

„Bleiben Sie ruhig, lieber Herr von Mendheim. Wenn Ihre Liebe zu der Komtesse so stark ist, müssen Ihnen, sagen wir einmal zwanzigtausend Mark ohne die Ueberfahrt genügen, drüben eine Existenz anzufangen."

Mendheim war bleich wie die Wand. Er starrte den Baron an, als verstände er nicht.

„Das wäre infam an den Eltern. Ich kann mich zu einem solchen Schurkenstreich nicht hergeben."

„Schurkenstreich. Sie gebrauchen ein sehr unschönes Wort. Ich besorge Ihnen die Papiere und die Pässe, alles, Sie haben nur nötig, nach Bremen zu fahren. Wie ich die Komtesse kenne, wird sie sich sogar dazu bereitfinden lassen."

Mendheim kämpfte schwer mit sich.

„Herr Baron, ich kann nicht. Ich habe noch so viel Ehre, ein derartiges Ansinnen abzulehnen."

„Ehre! Ehre! Hier dreht es sich um Ihr Glück, das bedroht ist. Ich biete Ihnen die Hand dazu. Sie sollten mir dankbar sein."

„Lassen Sie mir Zeit, Herr Baron. Ich kann nicht so schnell über diesen Gedanken hinwegkommen."

„Die Sache gehört natürlich in aller Stille und Heimlichkeit vorbereitet. Sprechen Sie mit der Komtesse. Wenn ihre Liebe zu Ihnen so stark ist, wird sie lieber mit Ihnen gehen, als in das ungewisse Los mit Greiner. Denken Sie, eine freudlose Ehe! Das ist für eine empfindsame Frau wie die Komtesse eine dauernde Marter. Können Sie es über das Herz bringen, Komtesse Ilse so leiden zu sehen? Muß es nicht Ihr Mannesstolz verlangen, sich nicht einfach auf die Seite setzen zu lassen? Sie haben in Kanada Möglichkeiten, schnell reich zu werden. Einem Tüchtigen steht die ganze Welt offen. Die Eltern, nun ja, Eberhard Greiner wird Gläubiger des Grafen bleiben. Und dann —"

„Und dann, Herr Baron?"

„Die Komtesse hat nicht viel Grund, ihren Eltern dankbar zu sein, daß sie ihr diese schmachvolle Verbindung aufzwingen, denke ich. Es muß Ihnen ein Leichtes sein, die Komtesse davon zu überzeugen, daß sie ein Leben mit Ihnen einer ungeliebten und traurigen Ehe vorzieht."

„Es ist schmählich, Herr Baron. Ich kann es ansehen wie ich will. Ich bin ein Schuft, wenn ich auf diesen Vorschlag eingehe."

Der Baron trommelte erregt auf der Platte seines Schreibtisches. „Ich schenke Ihnen diese zwanzigtausend Mark und das Ueberfahrtsgeld. Sie sind es mir nicht mehr schuldig. Warum nennen Sie den Handel schmählich? Wenn Sie sich allerdings nicht zutrauen, sich durch diese Mittel heraufzuschaffen, dann ist es freilich besser, Sie bleiben ewig ein armer Verwalter. Auf meinem Gut ist aber dann für Sie kein Platz mehr."

Mendheim biß sich auf die Lippen. „Sie versetzen mich also selbst in eine Zwangslage, Herr Baron?"

„Was heißt Zwangslage? Ich betrachte die Dinge nur als nüchterner Geschäftsmann. Für mich ist es ein Geschäft. Ich riskiere fünfundzwanzigtausend Mark, um einen unbequemen Konkurrenten loszuwerden. Ich weiß nicht, ob es —"

„Sie spekulieren also auf den Besitz des Grafen?"

„Nun ja, das ist die Richtschnur meines Handelns. Das wußten Sie übrigens schon seit unserer letzten Unterredung."

„Greiner wird seine Forderungen niemals an Sie abtreten."

„Das bleibt dahingestellt. Was will er mit dem Besitz anfangen?"

„Ich kenne ihn zu wenig, um ihn einschätzen zu können. Wenn er nur, wie Sie, Herr Baron, geschäftliche Beweggründe zu dieser Verbindung hatte, dann kann es ja möglich sein. Im anderen Falle aber —"

„In welchem anderen Falle aber?"

„Daß er Ilse liebt."

„Ah, halten Sie das für möglich?"

(Fortsetzung folgt.)

Der Memel-Prozeß

In der Montag-Vormittagssitzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes setzte

der litauische Vertreter, Gesandter Sidzikauskas,

sein Plädoyer im Memelstreit fort. Er zog aus einer sehr anfechtbaren Konstruktion der memelländischen Autonomie die Folgerungen, die sich für die Stellung und die Befugnisse des litauischen Gouverneurs sowie des Direktoriums und des Präsidenten des Direktoriums ergeben würden. Er betonte, daß in der Person des Gouverneurs die Zusammengehörigkeit Litauens und des Memellandes in einem Einheitsstaat zum Ausdruck komme. Neben seinem Aufsichtsrecht habe der Gouverneur das Recht der Ernennung des Präsidenten des Direktoriums. Dieses Ernennungsrecht sei keineswegs nur ein formelles, sondern auch ein materielles Recht. Dies habe zur naturnotwendigen Folge, daß der Gouverneur nur einen Präsidenten zu ernennen brauche, der sein Vertrauen besitze. Hieraus ergebe sich auch, daß der Gouverneur den Präsidenten wieder absetzen könne, sobald er sein Vertrauen verloren habe. Wenn im Statut gesagt werde, daß der Präsident nur solange im Amt bleiben könne, wie er das Vertrauen des Landtages besitze, so habe diese Bestimmung nur die Bedeutung, daß der Landtag später, nachdem der Gouverneur bereits seine Entscheidung getroffen habe, seine Unzufriedenheit über diese Entscheidung durch ein Mißtrauensvotum zum Ausdruck bringen könne. Diese Bestimmung bedeute aber keineswegs, daß nur der Landtag das Recht habe, den Präsidenten des Direktoriums zum Rücktritt zu veranlassen. Wollte man eine andere Auffassung vertreten, so würde der Gouverneur dem Präsidenten gegenüber nur die Rolle eines machtlosen Beobachters spielen. Sidzikauskas verbreitete sich dann insbesondere noch über die Reise des Präsidenten Böttcher nach Berlin. Diese Reise habe einen groben Verstoß gegen das Memelstatut und die Pflichten dargestellt, die der Präsident des Direktoriums gegenüber der litauischen Zentralgewalt habe. Ihm gegenüber habe der Gouverneur nicht anders handeln können, als er dies vermittels der Absetzung des Präsidenten getan habe.

Ein Rundfunkvortrag Gregor Straßers

Nachdem der Rundfunk allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zugänglich gemacht worden ist, sprach Dienstag abend der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer am Mikrophon der Deutschen Welle über „Die Staatsidee des Nationalsozialismus". Der Vortrag wurde über eine ganze Anzahl deutscher Sender verbreitet.

Eine Uebertragung auf die bayerischen Sender fand nicht statt. Der politische Ueberwachungsausschuß des bayerischen Rundfunks hat die Uebertragung abgelehnt. Ebenso hat der politische Ueberwachungsausschuß des Süddeutschen Rundfunks die Uebertragung der Rede auf die Sender des Süddeutschen und Badischen Rundfunks abgelehnt.

Aus Wien wird berichtet: Die Oesterreichische Rundfunkgesellschaft „Ravag" beschloß, den Wunsch nach Uebertragung der Rundfunkansprache des Abgeordneten Straßer im Oesterreichischen Rundfunk grundsätzlich abzulehnen, da die „Ravag" seit ihrem Bestehen im Interesse der ungestörten Durchführung des Rundfunks parteipolitische Vorträge prinzipiell nicht zulä[ss].

Der Kongreß der Tippelbrüder aufgeflogen

Im Hamburger Konventgarten fand der erste Kongreß des am 1. Mai gegründeten Reichsverbandes deutscher Tippelbrüder statt. Der neue Reichsverband will, wie aus den einleitenden Referaten hervorging, vor allem aus Groschenbeiträgen der Mitglieder Eigenheime schaffen, um dem Wandern wieder den Sinn des alten „Auf-die-Walze-gehen" zu geben und die Bettelei von den Straßen zu beseitigen. In der Versammlung machte sich sogleich eine starke kommunistische Opposition bemerkbar, die nach zweistündigen Verhandlungen den Rücktritt des Vorstandes erzwang. Der Kongreß wurde dann auf polizeiliche Anweisung aufgelöst.

Das Urteil im Putbroeker Meuchelmordprozeß

Aus Roermond wird gemeldet: In dem Prozeß gegen die Förster van der Elzen und Sohn, die beschuldigt sind, in den Annendaelschen Waldungen in unmittelbarer Nähe der deutschen Grenze drei junge Menschen aus dem Hinterhalt erschossen zu haben, wurde das Urteil verkündet. Van der Elzen wurde wegen fortgesetzten Verhehlens des Totschlages an den Gebrüdern Kersten und Franz Wehrens zu der zulässigen Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis, sein Sohn wegen Totschlags an Mathias Kersten zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Weitere Vernehmungen im Devaheimprozeß

Im Devaheimprozeß wurde in der Vernehmung des Angeklagten Claußen fortgefahren. Ihm wurde von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, daß er sich um den Nachweis des Verbleibs der Belege für die in Frage kommenden Gelder gedrückt habe und auf die Hilfskasse verwiesen habe. Er sagte u. a., die Belege und Unterlagen seien räubermäßig aus seinem Zimmer entfernt worden. Man habe aus dem Keller Hypothekenbriefe geholt, und die ganzen Unterlagen für die Auslandsanleihe wären in alle Winde zerstreut.

Der Aufmarsch zu den Konferenzen

Die Besprechungen in Genf haben begonnen – Die Abrüstungsfrage zunächst im Vordergrunde

Zusammentritt des Büros der Abrüstungskonferenz

In Genf trat das Büro der Abrüstungskonferenz nach längerer Zeit wieder einmal zusammen. In Konferenzkreisen mißt man dieser Sitzung für den weiteren Verlauf der Konferenz große Bedeutung bei. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist die

Stellungnahme zu den Berichten der technischen Ausschüsse über die qualitative Abrüstung.

Das Büro wird sich vor allem darüber klar werden müssen, welche Wege nunmehr eingeschlagen werden sollen, nachdem es den technischen Ausschüssen nicht möglich gewesen ist, diejenigen Waffen einwandfrei zu bestimmen, die der qualitativen Abrüstung unterworfen werden sollen. Im Augenblick wird der Gedanke viel erörtert, daß das Büro selbst, dem eine große Anzahl von Delegationen angehört, versuchen soll, auf Grund der vorliegenden Berichte positive Vorschläge auszuarbeiten, die dann dem Hauptausschuß der Konferenz zu unterbreiten wären. Man spricht auch davon, daß man erst eine Entscheidung der in Lausanne versammelten Staatsmänner abwarten wolle. Um die bisherigen Erwägungen aus dem Bereich theoretischer Erörterungen auf Wege praktischer Maßnahmen zu führen, hat sich

die deutsche Delegation

entschlossen, ihren bekannten

Standpunkt in der Frage der qualitativen Abrüstung in die Form eines konkreten Vorschlages

zu kleiden. Botschafter Nadolny hat in den Besprechungen, die er mit den Führern der anderen Delegationen und mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz gehabt hat, diesen Vorschlag zur Erörterung gestellt.

Der Dienstagvormittag war mit einer Reihe von

Gesprächen zwischen Delegationen

ausgefüllt. Der amerikanische Hauptdelegierte hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. Wie verlautet, wurde dabei insbesondere

ein amerikanischer Vorschlag,

der sich auf die

Herabsetzung der Effektivbestände

bezieht besprochen. Der amerikanische Vorschlag, der im einzelnen noch nicht bekannt ist, scheint bei den kommenden Erörterungen eine große Rolle spielen zu sollen. Wie man hört, haben über diese Frage in letzter Zeit interne Besprechungen zwischen amerikanischen und französischen Militärsachverständigen stattgefunden, wobei, wie aus amerikanischen Kreisen verlautet, eine gewisse Uebereinstimmung über das Prinzip erzielt worden sein soll.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der amerikanische 1. Vertreter, Gibson, ein Frühstück veranstaltet hat, zu dem er Macdonald und Sir John Simon eingeladen hat. Der deutsche Delegierte, Botschafter Nadolny, hatte außer der schon erwähnten Besprechung mit dem Konferenzpräsidenten Henderson eine Unterredung mit dem französischen Kriegsminister Paul Boncour.

Abrüstung oder Internationalisierung der Zivilluftfahrt?

Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz hat in einer öffentlichen Sitzung mit dem technischen Studium der Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt, die bekanntlich eine große Rolle in dem französischen Konferenzplan spielt, begonnen. Die deutsche Delegation hat bereits vor einiger Zeit im Luftfahrtausschuß präzise Vorschläge gemacht, wie ein Mißbrauch der Verkehrsluftfahrt zu militärischen Zwecken verhindert werden kann, ohne der Entwicklung der Verkehrsluftfahrt durch eine Internationalisierung Fesseln anzulegen.

Herriot ist optimistisch

Ministerpräsident Herriot erklärte auf der Fahrt nach Genf dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail", daß ihm nichts größere Hoffnung für die Zukunft gegeben habe, als die äußerst freundschaftlichen und fruchtbaren Pariser Besprechungen mit Macdonald. Auf die Frage, ob er hoffe, daß man in Genf diesmal zu wirklich wertvollen Ergebnissen kommen werde, erwiderte Herriot: Natürlich, sonst würde ich nicht nach Genf gehen.

Herriot betonte seine große Freundschaft und Bewunderung für Macdonald und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es bei so viel gutem Willen auf allen Seiten möglich sein werde, einen tatsächlichen Fortschritt zu erzielen, wenn man auch nicht sofort zu einer vollkommenen Lösung gelangen könne. Auch in Lausanne werde man, erklärte Herriot zuversichtlich, eine Lösung finden, die zur Wiederherstellung des schwer erschütterten Vertrauens der Welt beitragen werde.

Der Berichterstatter der „Daily Mail" bemerkt dazu noch, daß der Gedanke einer Rüstungsfeierzeit rasch Boden gewinne und vielleicht in formulierter Fassung von der britischen Regierung unterbreitet würde. Die neue Formel würde darauf hinauslaufen, daß keine Waffe irgendeiner Kategorie während eines bestimmten Zeitraumes gebaut werden dürfe.

Macdonald

bezeichnete bei seiner Abreise von Paris einem Vertreter des „Daily Telegraph" den Verlauf der Besprechungen mit Herriot als ein glückliches Vorzeichen für die bevorstehenden Verhandlungen. Beiderseits sei man bestrebt gewesen, auch bei verschiedener Auffassung dem gegnerischen Standpunkt Verständnis entgegenzubringen. Von grundlegender Bedeutung sei es, daß bei den Besprechungen in Paris keine Schwierigkeiten aufgetaucht seien, die den Verlauf der kommenden Verhandlungen irgendwie hindern könnten.

Englische Blätter zu den Abrüstungsarbeiten

Die Ankunft Macdonalds und Herriots in Genf konzentriert das Interesse der englischen Blätter auf die Abrüstungsfrage. Die Presse erhofft einen gemeinsamen Schritt vorwärts. Verschiedene Blätter melden aus Genf, zuverlässigen Informationen zufolge würden der französische und der britische Premierminister einen

zehnjährigen Rüstungsstillstand

vorschlagen. Einwände würden jedoch von Deutschland und Italien erwartet. Der Genfer Korrespondent der „Morning Post" betont ebenfalls, daß

die deutsche Regierung auf eine endgültige allseitige Rüstungsverminderung bis auf den deutschen Stand dringt

und sich nicht mit der Stabilisierung der Rüstungen auf dem augenblicklichen ungleichen Stand zufrieden geben wird. „Times" führen aus: Die Lage der Abrüstungskonferenz ist kritisch. Der augenblickliche Besuch führender Staatsmänner bietet eine Gelegenheit, um der Konferenz einen neuen Impuls zu geben. Die Frage, die sie zu beantworten haben, ist sehr einfach: Sind die anderen Regierungen der Welt bereit, auf ihre eigenen Länder ganz oder teilweise die Rüstungsbeschränkungen anzuwenden, die den besiegten Ländern nach dem Kriege auferlegt wurden? Times meinen, daß die völlige Abschaffung der größten Kriegsschiffe und Geschütze, der Tanks, Unterseeboote und Flugzeuge unter den herrschenden Verhältnissen nicht möglich und vielleicht nicht einmal wünschenswert sei, vertreten aber die Auffassung, daß manches in Richtung qualitativer Abrüstung getan werden könne.

Ein amerikanischer Bankier zur Reparations- und Schuldenfrage

Beim Jahreskongreß des Bankinhabervereins des Staates Newyork hielt der Vorsitzende des Vereins, **Stewart Baker**, eine Ansprache, in der er die Herabsetzung der Reparations- und der Kriegsschulden und die Beschränkung der Rüstungen empfahl. Die im Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit versammelten Nationen, erklärte er, sollten einen Plan zur Beseitigung des größten Hindernisses ausarbeiten, das die Rückkehr zu einem normalen Zustand verhindere. Amerika sollte sich dazu bereit erklären, verhältnismäßig ebenso viel zu opfern wie jede andere Nation.

Die Wohlfahrt Amerikas hänge von der Lage der übrigen Welt ab. Die Reparationen und die Kriegsschulden seien die Hauptursachen der Unsicherheit.

Baker forderte jedoch die Beschränkung der Rüstungen als die Vorbedingung der Zugeständnisse der Vereinigten Staaten, denn es würde nicht der Gerechtigkeit entsprechen, daß die in dieser Weise von den Schuldnernationen ersparten Beträge für Rüstungen verschwendet würden, die eine neue Kriegsgefahr darstellten.

Letzte Drahtnachrichten

Die Verzögerung der innerpolitischen Notverordnung

Es steht nach einer Contimeldung nunmehr fest, daß die Notverordnung über die innerpolitischen Fragen, die mit der Pressefreiheit und der Aufhebung des SA- und des Uniformverbotes zusammenhängen, nicht vor Donnerstag zu erwarten ist.

Der Grund der Verzögerung liegt darin, daß Schwierigkeiten in der Uniformfrage eingetreten sind, und zwar insofern, als eine Form der Notverordnung gefunden werden muß, die verhindert, daß die Länder von sich aus Verbote erlassen und damit die Absichten der Reichsregierung durchkreuzen. Es scheint, daß mit den Ländern selbst wohl auch noch Fühlung genommen wird, um zu einer Verständigung zu gelangen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß mit dieser Frage auch ein Besuch Adolf Hitlers und Goerings beim Reichskanzler zusammenhängt.

Wieder private Besprechungen der Abrüstungsdelegationen

An der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz nahmen u. a. teil: Gibson, Herriot, Sir John Simon, Nadolny, Grandi, Zaleski, Hymans. Ueber die Sitzung wurde nach Schluß der Beratungen folgende Mitteilung ausgegeben:

Das Büro der Konferenz für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen hat beschlossen, die Delegationen aufzufordern, ihre privaten Besprechungen wieder aufzunehmen. Zwecks dieser Besprechungen ist, gewisse grundsätzliche politische Fragen, die in den Berichten der Land-, Flotten- und Luftkommissionen sowie der Kommission für den chemischen und bakteriologischen Krieg aufgeworfen sind, zu klären, um die Behandlung dieser Berichte durch den Hauptausschuß der Konferenz zu erleichtern.

Selbstmord eines ehemaligen Staatsratsmitgliedes im preußischen Landtagsgebäude

Im Preußischen Landtag erschoß sich aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache am Dienstagabend gegen 20.30 Uhr das ehemalige stellvertretende Mitglied des preußischen Staatsrates, La Grange. Zur Zeit prüft die Kriminalpolizei die näheren Umstände der Tat. La Grange gehörte der Sozialdemokratischen Partei an. Er war Lehrer und Stadtrat in Brandenburg.

Deutschlands National-Viererstaffel läuft Weltrekord!

Bei schönem Wetter und gutem Besuch wurden am Dienstagabend auf der Hessen-Preußen-Kampfbahn die Olympiaabendwettkämpfe ausgetragen, deren Veranstalter Hessen-Preußen Kassel war. Als besonderer Anziehungspunkt fand im Rahmen der Einladungskämpfe der zweimalige Start unserer Olympia-Nationalstaffel statt. Beide Läufe ergaben zwei neue Weltbestleistungen. Im ersten Lauf startete die 1. Nationalstaffel in der Besetzung Hendrix (Aachen)-Geerling (Frankfurt)-Borchmeyer-Jonath gegen Körnig-Lammers-Vent-Pflug und lief in der neuen Weltbestleistung von 40,7 Sekunden mit 5 Meter Vorsprung durchs Ziel. Beim 2. Lauf stand die Staffel Körnig-Lammers-Borchmeyer-Jonath, während Hendrix-Geerling-Vent-Pflug Schrittmacherdienste leisteten. Die erste Staffelbesetzung lief durch das überragende Können des Borchmeyers Jonath einen Sieg heraus, wobei die Zeit der kurz vorher aufgestellten Welthöchstleistung erneut unterboten wurde. 40,6 für die Sieger und 40,8 für die Zweiten lauteten die gestoppten Zeiten. Beim zweiten Lauf holte Jonath den bereits vorliegenden Schöneberger Pflug nach kurzen Schritten ein. Den 100-Meter-Lauf holte sich der Oldenburger Lammers sehr sicher in 10,4 vor Hendrix, Borchmeyer, Buthe-Pieper und Eldracher. Jonath holte sich dafür den 200-Meter-Lauf in 21,2 vor dem Schöneberger Vent, der in 21,5 einkam. Beide hatten ihren Gegnern Vorgaben gegeben. Ein scharf umstrittenes Ende brachte der 800-Meter-Lauf. Der Düsseldorfer Lefeber führte bis in die Zielgerade, wurde dann aber nach scharfem Endspurt von dem Hannoveraner Hobus in 1:55,7 passiert.

Knaben, mit einer Axt furchtbare Verletzungen zugefügt und sich dann selbst in der Scheune erhängt. Als der Mann von der Arbeit heimkehrte, fand er die Frau tot und die Kinder entsetzlich zugerichtet auf. Sie dürften schwerlich mit dem Leben davon kommen.

120 Klm. Schnellzugsgeschwindigkeit. Auf der Strecke Mainz—Mannheim und zurück wurde zur Erprobung neuer Lokomotiven ein Sonderzug gefahren, der die Geschwindigkeit von 120 Klm. in der Stunde erreichte. Die normale Geschwindigkeit der Schnellzüge beträgt im Höchstfalle 90 Klm.

Bluttat. Der Bäcker und Spezerei-Warenhändler Neff in St. Amarin schlug nach Rückkehr von einer Geschäftsfahrt seinen Sohn, der ihn begleitet hatte, im Verlaufe eines Streites mit einer Axt nieder. Der Schwerverletzte wurde ins Spital überführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Bertrams Flugzeug gefunden?

Aus Wyndham, 14. Juni, wird berichtet: In der Nähe der Drysdale-Missionsstation wurde ein deutsches Wasserflugzeug gefunden. Bei dem Apparat wurde eine Notiz entdeckt des Inhalts, daß die Fliegerin den Busch gewandert seien. Es handelt sich offenbar um das Flugzeug des vermißten Ozeanfliegers Bertram.

Wahnsinnstat einer Mutter. Aus Colmar wird berichtet: Die Frau des Straßenwärters Gubenaut in Obersaasheim hat in einem Anfall geistiger Umnachtung ihren beiden Kindern, einem neunjährigen Mädchen und einem achtjährigen

Turnverein „Rote Erde", Soest.

Deutscher Abend

unter Mitwirkung des evgl. Posaunenchors, am **Samstag, dem 18. Juni 32, abends 8 Uhr** im **großen Saale des Schützenhofes** in Soest.

Anschließend **Ball!**

Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.

Gelegenheitskauf!

Neue Möbel wie: eine compl. Küche, eine Eßzimmer-Credenz, 2 Stck. Eichene Schreibtische, ein einzelner Küchentisch, eine Kinderbettstelle, ein Rauchtisch aus Privathand allerbilligst auf Wunsch auch in monatlichen Raten abzugeben. Gefl. Anfr. an die Gesch. unter Nr. 3409.

Lebensmittelgeschäft

mit Wohnung zu **mieten** gesucht. Angebot mit Angabe von Miete und Umsatz an die Gesch. unt. Nr. 3404.

Sommersprossen beseitigt **unter Garantie** mein einf. Mittel. Auskunft kostenlos: **Salvina, Hamburg 24, Nr. F 31.**

Bananen

wieder **billiger**
Pfd. nur 28 Pfg.
Erhielten heute wieder größere Sendungen
frisches
Obst und Gemüse
zu **niedrigsten** Preisen
5 Proz. Rabatt.

HILL A.-G

Viehsalz

vorrätig.

E. Romberg,
Soest u. Wippringsen.

- - nein - „loses" Persil gibt es nicht!

Persil *gibt nur in* Originalpackung!



Grasscheren
Rasensprenger
Wasserschlauch
Gießkannen

Franz Kerstin.



in Büchsen von

½	1	5	10 Kg.
Mk. -.90	1,60	6,75	11,75

Oberwinter,
hinterm Rathaus.

Taubenwicken

pro Ztnr. 10.— Mark empfiehlt
Jul. Neuhaus,
Tel. 424.



Wer verkauft

Wohn- od. Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bau und Kiesgelände.
Sof. Angebote an **Barenthin, Hamburg,** Glockengießerwall 16.

Feldmann lehrt, wie man fährt!

Lernen Sie Autofahren, als zweite Berufsmöglichkeit

Gründliche, fachtechnische Ausbildung zu jeder gewünschten Zeit, auch abends.
Besichtigen Sie unsere Ausbildungsräume und Lehrmittel völlig unverbindlich!

Privat Automobil-Fahrschule

FELDMANN,
Westenhellweg 7. Telefon 62.

Glücklich ist, wer

auch heute noch an dem Grundsatz festhält: „Ich kaufe nur das Beste". Nun, eine Pfunddose Kinessa-Bohnerwachs reicht für ca. 80 qm Parkett und Linoleum (5 bis 6 Zimmer), gibt mühelos wunderbaren trittfesten und naß wischbaren Hochglanz, der wochen- und monatelang anhält. Die richtig rechnende, sparsame Hausfrau verwendet nur

KINESSA
BOHNER-WACHS

G. H. Behlmer Jakobistr. 2 u. Rathausstr. 10
H. W. Oberwinter hinterm Rathaus,
Franz Kerstin, Eisenwaren-Großhandlung.

22.

Volkswohl-Lotterie

Ziehung unwiderruflich 16.–21. Juni 1932
52340 Gewinne und 2 Prämien

im Gesamtwerte von RM	400000
Höchstgewinn auf 1 Doppellos im Werte v. RM	150000
Höchstgewinn auf 1 Einzellos im Werte von RM	75000
2 Hauptgew. je 1 Villa im Werte von je RM	50000
2 Prämien je 1 Villa im Werte von je RM	25000
2 Hauptgewinne je 2 Reisen um die Welt im Werte von je RM	10000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM	5000

Lose 1 RM Doppellose 2 RM Porto und Liste 35 Pf.

Glücksbriefe mit 5 Losen sort. aus versch. Taus. **5 RM**
Glücksbriefe m. 10 Losen sort. aus versch. Taus. **10 RM**

zu haben in allen durch Plakate kennt. Verkaufsstellen und bei

Gust. Pfordte
ESSEN, Limbecker Straße 70
Postscheckkonto Essen 7884

Sämtliche Gewinne auf Wunsch 90% bar

In unser Handelsregister B ist bei der unter Nr. 29 eingetragenen **Deutschen Bank und Diskontogesellschaft** eingetragen:

Die Generalversammlung vom 23. März 1932 hat die Herabsetzung des Grundkapitals um 141 000 000 Reichsmark beschlossen. Die Herabsetzung ist durchgeführt, das Grundkapital beträgt jetzt 144 000 000,— Reichsmark.

Zu Prokuristen sind bestellt: 1. Dr. Otto Abshagen, Berlin, 2. Dr. Peter Brunswig, Berlin, 3. Johannes Kiehl, Berlin, 4. Dr. Ernst A. Mandel, Berlin, 5. Hans Rummel, Berlin. Ein jeder von ihnen kann die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede oder einem anderen Prokuristen vertreten und ist auch zur Veräußerung u. Belastung von Grundstücken ermächtigt.

Die Generalversammlung vom 23. März 1932 hat beschlossen: a) die kraft Gesetzes mit Beendigung der Generalversammlung außer Kraft tretenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages nämlich § 13 (Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrats) § 14 Absatz 1 (Vergütung des Aufsichtsrats) und § 27 Absatz 1d (Gewinnanteil des Aufsichtsrats) in teilweise geänderter Fassung wieder einzufügen. b) den Gesellschaftsvertrag in § 15 (Streichung von Absatz 4 und Absatz 7 letzter Satz und Aenderung der Bestimmungen über die Berufung des Aufsichtsrats), § 17 (Ausschüsse des Aufsichtsrats) und § 18 (Stimmrecht der Aktien) zu ändern.

Oskar Schlitter ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Emil Georg von Strauß, Dr. Peter Brunswig, Johannes Kiehl, Dr. Otto Abshagen, Dr. Jacob Berne, Otto Sperber, Dr. Kurt Weigelt, Fritz Winermantel, Fritz Bruck, Karl Burghardt, Fritz Heinrichsdorff, Dr. Ernst Mandel, Oswald Rösler, Dr. Karl Ernst Sippell, Hans Rummel sind nicht mehr Vorstandsmitglieder.

Soest, den 10. Juni 1932.

Das Amtsgericht.

Kostenlos

sendet der Verlag Georg Westermann in Braunschweig gegen Einsendung von 30 Pfennig für Porto ernsthaften Interessenten ein etwa 100 Seiten starkes, mit vielen ein- und buntfarbigen Bildern und acht Kunstbeilagen geschmücktes Probeheft seiner

Westermanns Monatshefte

Bitte fordern Sie es noch heute an, Sie werden von dem hervorragenden textlichen und bildlichen Inhalt überrascht sein. 7

Erfinder - Vorwärtsstrebende

Hohe Geld-Belohnung

Näheres kostenlos durch
F. Erdmann u. Co., Berlin SW. 11.

Danksagung.

Für die Beweise aufrichtiger Teilnahme in unserm schweren Leid danken wir herzlich.

Familie J. Klingenberg.

Kurhotel Bad Sassendorf.

Jeden Mittwoch ab 8 Uhr abends
Gesellschaftsabend
Abschiedskonzert der Kapelle Keck.

M.-G.-V. „FROHSINN"

Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr
Liederabend
in den Gartenanlagen der **Brauerei Topp** unter Mitwirkung der Schmitt'schen Kapelle. Mitglieder u. deren Familienangehörige freien Zutritt. Nichtmitglieder Eintritt RM. —.30

Oeffentliche Mahnung.

Die am 15. d. Mts. fällig gewesenen Steuern und Abgaben, und zwar:

Grundvermögensteuer	für Juni
Hauszinssteuer	für Juni
Kanalgebühren	für Juni
Müllabfuhrgebühren	für Juni
Straßenreinigungsgebühren	für Juni
Hundesteuer	für Juni
Biersteuer	für Mai
Getränkesteuer	für Mai
Bürgersteuer	4. Rate

werden hiermit zur sofortigen Zahlung angemahnt.

Mahnzettel werden nicht behändigt.

Nach Ablauf der Mahnfrist — 21. ds. Mts. — setzt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung ein.

Für Steuerrückstände und verspätete Zahlungen müssen außerdem auf Grund der Notverordnung vom 22. 1. 1932 Verzugszuschläge in Höhe von 1½ Prozent für jeden angefangenen halben Monat erhoben werden.

Soest, den 16. Juni 1932.

Die Stadthauptkasse als Vollstreckungsbehörde:
Sevin, Büro- und Kassendirektor.

Gras-Verkauf.

Herr **Fr. Kortmann-Heppen** läßt am **Donnerstag, den 16. ds. Mts., abends 7 Uhr:**

ca. 6 Morgen starkes Gras

in Abteilungen meistbietend verkaufen.

Versammlung der Käufer auf der Schleddebrücke bei Landwirt Schwarzenberg.

Heinrich Blumendeller.

Die Rentabilität des RÜBENBAUS

hängt in der Hauptsache von einer zweckmäßigen und ausreichenden Düngung ab. Um bedeutend gesteigerte Ernteerträge und dadurch einen hohen Reingewinn zu erzielen, verwenden Sie Chilesalpeter, der für den Rübenanbau unerreicht ist.

Die schnelle und zuverlässige Wirkung beruht auf den einzigartigen Eigenschaften:

1. *Chilesalpeter, das Naturprodukt, enthält 15½ bis 16% reinen Salpeterstickstoff in leicht löslicher Form, der von der Pflanze direkt aufgenommen wird.*

2. *Chilesalpeter ist ein alkalisches Stickstoffdüngemittel, das der Bodenversäuerung entgegenwirkt.*

3. *Chilesalpeter enthält neben verschiedenen wertvollen Salzen das für Pflanze und Tier lebenswichtige Jod.*

4. *Chilesalpeter zeichnet sich durch eine gute Streufähigkeit aus.*

AUSKUNFT
über die zweckmäßige Verwendung erteilt:
CHILESALPETER G. m. b. H.
Landwirtschaftliche Beratungsstelle Berlin W 9
Bellevuestraße 11a.

CHILESALPETER
★ bedeutend billiger ★